

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zur gef. Notiznahme.

Der heute früh fällige Eisenbahnzug von Kreuz ist, jedenfalls im Folge des Schneewetters in der verflossenen Nacht, hier sehr spät eingetroffen (er soll zwischen Wronke und Samter gestoppt geblieben sein), und es sind uns daher alle Correspondenzen und Zeitungen aus dem Westen und Norden so spät zugegangen, daß wir nur noch die neuesten Telegramme in der Beilage mittheilen können. **Die Redaktion.**

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Dienstag, 7. Januar. Die heutigen Journale versichern, eine Depesche melde, die Kommissare des Südens (Mason und Slidell) würden zurückgegeben; die „Patrie“ fügt hinzu: unter der Bedingung, daß England den Süden nicht anerkennen werde.

(Eingeg. 8. Januar 9 Uhr 30 Min. Vormittags.)

Paris, Mittwoch 8. Jan. In dem heutigen Moniteur-Bulletin heißt es: Da gegenwärtig die widersprechendsten Nachrichten aus Amerika einlaufen, halten wir es für nützlich zu erklären, daß neuere Nachrichten aus Amerika, als vom 26. Dezember, nicht eingetroffen sein könnten, und daß damals noch keine Antwort auf die Mittheilungen des englischen Gesandten Lyous ergangen war. (Hier nach wäre das obige ältere Telegramm mit Reserve aufzunehmen. D. Red.) — Aus Turin meldet dasselbe Blatt: Es ist ungenau, wenn gemeldet wird, daß das Ministerium über seine Auflösung berathet.

(Eing. 8. Jan. 11 U. 5 Min. Vorm.)

Die Aufgabe der Deutschen in der Provinz Posen.

VII.

Warum hat sich im Abgeordnetenhaus eine katholische Partei abgezeichnet? wird man unserm Urtheile über die Katholiken unter den Deutschen in der Provinz entgegensezieren. Nun, auch diese leidige Erstcheinung verfällt dem gleichen Urtheile, eine Anomalie zu sein. Die Katholiken haben namentlich im preußischen Abgeordnetenhaus nichts zu schaffen in der Eigenschaft als Parteigänger ihres Glaubens. Darauf ist um die freie Bewegung ihrer eigenen Konfession handelt, haben sie als Abgeordnete, gleich den anderen, den Ton auf das Grundgesetz der Verfassung zu legen, welches die Gewissen freistellt. Dabei sind die Angehörigen aller Konfessionen gleich interessirt, sei es um des Rechtes willen für die eigne, sei es um der Pflicht willen gegen die anderen. Nur wenn der Katholizismus nach Herrschaft trachte, und nicht nach Gleichstellung, dann freilich hätte eine katholische Partei eine Unterlage; aber welche? Eine verfassungswidrige einertheils, eine vernunftwidrige anderntheils. Eine Koalition gar der katholischen Partei in unserem Abgeordnetenhaus mit der politischen wäre naturwidrig dazu, wie sie es in unserer Provinz ebenfalls ist. Im Uebrigen machen wir uns wenig Kummer wegen der katholischen Partei im Abgeordnetenhaus. Weil sie kein Recht des Daseins hat, entbehrt sie auch der Lebendigkeit, und halten wir dafür, daß sie bereits mit einem Fuße im Grabe steht. Die Presse und die öffentliche Meinung werden ihr Scherlein dazu beitragen, ihren zweiten Fuß nachzustufen. Wir bedürfen heut ganz anderer Parteien. Solche, die der Zukunft zugewandt sind, und nicht der Vergangenheit, die dem Leben gewidmet sind, und nicht dem Tode.

Hier in unserer Provinz ist noch ein bezüglicher landläufiger Irrthum im Volle zu rectifiziren, der zu Missverständnissen führt. Man hat davon auswärts gar keine Vorstellung, wie in dieser Provinz gewöhnlich Pole mit Katholik und Deutscher mit Protestant, oder Nichtkatholik als gleichbedeutend, als synonym, in der vulgären Sinnes- und Sprechweise gedacht und bezeichnet wird. Von diesem falschen Identitätsbegriffe, aus welchem das Polenthum zur Förderung der polnischen und leider ja auch der deutschen katholischen Massen so viel Vortheil zu ziehen weiß, muß die Atmosphäre unserer Provinz gründlich gesäubert werden. Das Polenthum stellt sich immer so an, als ob der Katholizismus Sein oder Nichtsein ausschließlich mit der polnischen Nationalität theile, als ob es kein katholisches Italien, Frankreich, Spanien u. s. w. u. s. w. gäbe, ja, als ob nicht die Deutschen, die man als religiöse Widersacher der Polen figuriren läßt, zur Hälfte Katholiken wären. Oder ist der Preuße, der Deutsche am Rhein nicht ein ebenso guter Katholik, als der Pole in Posen? Oder ist es etwa der Süddeutsche in Altbayern nicht? Wäre es hier am Platze, es ließe sich sogar die historische Hypothese aufstellen, daß, nach der dermaligen Weltlage, bei einem längern Fortbestande des polnischen Staats, die Strömung des Protestantismus auch diesen, wo nicht ganz, doch spaltend würde nachgerade mitgerissen haben. Doch dies bei Seite. Wenn aber fast überall bessere römische Katholiken sind, als die Römer in Rom, so kann der Deutsche in Köln oder München ein besserer Katholik bleiben, als der Pole in Posen; weil jener dort der Versuchung nicht ausgesetzt wird, den Glauben, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, zu nationalen Händeln zu missbrauchen.

Posen, 8. Januar. Dr. C-k.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 7. Jan. [Dänische Depesche.] Die „H. N.“ theilen in Nachstehendem den Wortlaut der Depesche mit, welche Herr Hall an die dänischen Gesandten in Berlin und Wien unter dem 26. Dezember v. J. erlassen hat:

Ich darf es Ew. Exzellenz nicht verhehlen, daß es der Königl. Regierung eine schmerzhafte Läuschung bereitet hat, in der Ihnen bereits bekannte Depesche, welche Herr v. Balan auf Befehl seiner Regierung mir am 10. d. M. übergeben hat, statt einer eingehenden Würdigung unserer Vorschläge vom 26. Oktober d. J. wesentlich nur neue Anträge zu finden, die geeignet sind, die Hoffnungen zu schwächen, welche nicht nur wir an eine direkte Verhandlung mit den deutschen Großmächten getanzt haben, sondern die auch von den befreundeten Mächten gehabt wurden, auf deren dringendes Antragen wir diesen Weg zu einer freundschafflichen Verständigung betreten haben. Dies soll uns indes nicht davon abhalten, auch ferner Alles zu thun, was an uns liegt, diese Verhandlungen zu fördern; und wie ich daher mit möglichster Eile dazu schreite, mich über die verschiedenen in der obenerwähnten Depesche angeregten Punkte auszusprechen, so will ich auch, dem Beispiel des Königl. preuß. Herrn Ministers folgend, unsere Ansichten mit vollkommener Offenheit darzulegen nicht unterlassen. Zuvörderst muß ich dem Vorwurf entgegentreten, welchen der Königl. preuß. Herr Minister an uns richten zu können gemeint hat, als hätten wir freiwillig und nicht vielmehr durch die Umstände und durch das Vorgehen des deutschen Bundes gedrungen, darauf verzichtet, mittelst der gegenwärtigen Verhandlungen eine definitive Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein zu erzielen. Es möge hier genügen, daran zu erinnern, wie die Königl. Regierung, welche bogen mußte, in der seit Jahren in Kraft getretener gemeinschaftliche Verfassung der Monarchie eine dem Programm von 1852 entsprechende definitive Ordnung unserer Verfassungsverhältnisse erlangt zu haben, nachdem die Hoffnung durch das Eintrittsrechte des deutschen Bundes gestört war, zu wiederholten Maleen, wenn auch stets vergeblich, sich bemüht hat, ein neues Definitivum durch Vereinbarung mit den holsteinischen Ständen zu erreichen. Es waren aber diese Stände, welche zuerst aussprachen, wie sehr man auch von allen Seiten bemüht sein möchte, eine befriedigende definitive Ordnung der gegenseitigen Verhältnisse der der dänischen Monarchie angehörigen Lande herbeizuführen, doch voraussichtlich eine längere Zeit hingehen würde, ehe das gewünschte Ziel erreicht werden könnte, und daher auf eine provisorische Ordnung antrugen, durch welche ihnen in demselben Maße, wie dem Reichs-

rathe, gegebene Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten beigelegt werden sollte.

Dieser Ansicht trat der deutsche Bund bei. In der Voraussicht, daß auch, wenn der beste Wille von allen Seiten vorhanden sei, doch noch eine längere Zeit vergehen werde, bis eine auf gegenseitigen Einverständnis gegründete definitive Regelung der Verfassungsverhältnisse Holsteins an sich und zu den übrigen Theilen der Monarchie zu Stande komme, hat der Bund sich bemüht, das von den holsteinischen Ständen gewünschte Provisorium ins Leben zu rufen. Wiewohl diese Ansprüche jeder rechtlichen Begründung entbehren, hat der Bundesbeschluß vom 8. März 1860 dieselben als maßgebend für die Zukunft erklärt und durch den späteren Beschluß vom 7. Febr. d. J. sind dieselben in doppelter Weise gefärbt worden, indem ihnen rückwirks Kraft beigelegt und deren formale Anerkennung durch die königl. Regierung unter Androhung der Exkommunikation gefordert wurde. Wenn wir diesen Anforderungen gegenüber unsere Bestrebungen darauf haben beschränkt müssen, den Streit mit dem deutschen Bunde durch ein Eingehen auf das Provisorium zu beenden, indem wir jede weitere Entwicklung einer künftigen Vereinbarung mit den Ständen vorhielten; wenn wir zu diesem Ende nur darum ernstlich bemüht sind, uns über eine Auslegung dieser Bundesbeschlüsse mit dem Bunde zu verständigen, die den Gang der geregelten Verwaltung möglich machen könnte, und, um die dazu nötige Zeit zu gewinnen, bedingungsweise und für einen im Voraus beschränkten Zeitraum denselben auf eine über die Absichten des Bundes unzweckhaft hinausgehende Weise vorläufig schon entsprochen haben, so könnten wir wahrlieb nicht darauf gesetzt sein, daß man uns vorwerfen könnte, unerwartet und freiwillig darauf verzichtet zu haben, und streitige Frage erschöpfend und endgültig zu ordnen. Es kann nicht meine Absicht sein, hier die erwähnten Bundesbeschlüsse und deren Verhältnis zur Bundesakte zu diskutieren; ich habe nur durch Herstellung des wahren Thatbestandes konstatieren wollen, daß die Frage, so wie sie vorliegt, nicht von uns, sondern vom deutschen Bunde gestellt ist. Wenn wir übrigens gegen diese Formulierung der Frage keine Einwendung erhoben haben, so gehabt das nicht nur, weil es auch uns einleuchtet, daß Vieles der künftigen Entwicklung vorherhahnen müßte, sondern zugleich weil wir so lange wie möglich die Hoffnung festhalten wollten, daß wenn diese fernere Entwicklung einer Verelbarung mit den Ständen überwiegen würde, bei einer ruhigen Gestaltung der Verhältnisse die wahren Gesinnungen und Interessen der Holsteiner einen näheren Anschluß an die übrigen Theile der Monarchie herstellen würden. Die Aufgabe der gegenwärtigen Verhandlungen, die innerhalb einer gegebenen, ohne unser Beruhlen leider wenig benutzten Zeitfrist beendet sein müssen, ist somit die vorläufige Lösung der Frage, auf welche Weise dem Bundesbeschluß vom 8. März 1860 Genüge gegeben können.

Es hat uns daher nicht wenig überzeugen müssen, ein jedes Eingehen auf diese Frage befeitigt zu sehen durch die Vorfrage, in welchem Verhältnisse die in meiner Depesche vom 26. Okt. näher entwickelte Ordnung der holsteinischen Verfassungs-Angelegenheiten zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausgesprochenen Absichten steht; denn das ist in der That nichts anders, als die Frage, wie der Bundesbeschluß vom 8. März sich damit vereinbaren läßt. Wiewohl es nun sicherlich nicht der königl. Regierung obliegen kann, diese Frage zu erörtern, habe ich doch keine Veranlassung einer Untersuchung auszuweichen, deren Berührung ich bisher nur deshalb vermieden habe, um nicht durch nuplose Betrachtungen und fruchtbare Beschwerden über das Geschehene dem praktischen Ziele der Verhandlung, einer freundschaftlichen Verständigung, zu schaden. Auch hier werden indes einige kurze Andeutungen hinreichen, um die wahre Sachlage aufzulären. Als der deutsche Bunde durch seinen Beschluß vom 29. Juli 1852 „die Bestimmung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, so weit dieselbe die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg beträfen, auch nach der Lage der Sache der verfassungsmäßigen Prüfung und dem Beschluß des deutschen Bundes unterlagen, als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend“ anerkannte, war es von beiden Seiten ausdrücklich vorausgesetzt, daß der Bunde sein Verhältnis zu den Herzogthümern nicht zu einer unberechtigten Einmischung in die Regierung des unabhängigen dänischen Gesamtstaates benutzt werden dürfe. In der Anlage 2 der diesbezüglichen Depesche vom 6. Dezember 1851 heißt es, daß Se. Majestät Sich nicht verhüten kann, daß die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung und überhaupt der Verwaltung Allerhöchster ihrer Staaten als einer gesamten Monarchie nur dadurch gegeben sein wird, daß den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben, auch Allerhöchstes Souveränität über seine beiden deutschen Herzogthümer nicht mehr begrenzt und beschränkt werde, als die jetzt bestehende von dem König von Dänemark angenommene Bundesgezegung es erhebt, und die Antwort hierauf lautete dahin, daß „jede künftige möglicherweise entstehende weitere Irrung zwischen Dänemark und dem Bunde wieder ausschließlich innerhalb der Frage der grundgesetzlichen Kompetenz des Bundes sich bewegen wird.“

Es ist rücksläßig dieser grundgesetzlichen Kompetenz, daß die Königlich preußische Regierung neuerdings wieder ausgesprochen hat, daß es in dem ursprünglichen Charakter des Bundes nicht weniger als in dem wohlverstandenen

Feuilleton.

Die Zulu-Kaffer.

Von einem Deutschen, der sich seit längerer Zeit an der Grenze des Kafferlandes befindet, geht der R. 3. über die Haltung der Zulu-Kaffer, gegenüber der Ufer, folgendes Schreiben zu: „Das Interessanteste, was ich von hier aus mittheilen kann, ist wohl die gegenwärtige feindelige Stimmung der Zulu-Kaffer zu Natal. Für diejenigen, die nicht gerade sehr bekannt sind mit der Geographie und Geschichte Süd-Afrika's, dürfte ich wohl vorausrichten, daß die Kolonie von Natal, auf der Oseite von Afrika, ungefähr von der halben Größe von England mit Wales ist; daß sie eine Bevölkerung hat von ca. 12,000 Europäern und 150,000 Seelen farbiger Race, von welchen viele Flüchtlinge der benachbarten Stämme sind. Die Zulu-Kaffer bewohnen jenen Theil des Landes nördlich von Natal, welcher, jenseits einer Linie von 40 Meilen (engl.), für Weiße höchst ungewönd ist. Dieser zahlreiche und mächtige Stamm der Kaffer lebte bisher unter der Regierung Panda's bekannt aus der früheren Geschichte als König der Zulu's und als ein Mann, der wohl dem englischen Einflusse geneigt, doch jetzt seit, beharrt und altersschwach ist. Er ist mit einer großen Familie von unabhängigen rohen Söhnen gesegnet, die es allem Anteile nach darauf abgesessen haben, sein graus Haupt vor der Zeit zu Grabe zu bringen. Sie sind die lieblosen Bruderschaft, die existiren kann. Ihre kriegerliche Liebe und ihre Wünsche scheinen sich offenbar in einem gegenseitigen Durst nach Bruderblut Lust zu machen. Geywayo ist die Krone dieser Bande. 1856 erst hatte er seinen Bruder Umbulazi, und mit ihm zugleich verschiedene Hauptseine seiner Anhänger in ein besseres Jenseits befördert. Dies geschah an den Ufern des Tugela. Letzterer ist ein Fluß, breit und sandig, und durchzieht ein Tal, dessen Scenerie stellenweise durch ihre wildes örtliches Aussehen beinahe geeignet ist, dem Reisenden einen Begriff des Chaos zu geben. Tief und breit, wie das Tal ist, füllen es ungeheure, einst von den Höhen gefürzte Felsblöcke, unersteigliche, ungestaltete Hügel und tiefe Bergschlünde. Den Talsgrund, sowie die Bergküste bedecken dichtverwachsene Bäume und Sträucher aller Art. Da hausen nur wilde Thiere, wie Löwen, Büffel, Elefanten &c. Also an den Ufern dieses Flusses fiel Umbulazi in einem so harten Kampfe, daß der Fluß sich färbe vom vielen Menschenblute. Es war ein entzückendes Morden! Geywayo blieb Sieger, während ein anderer Bruder, Umlungo, um sich zu retten, mit seiner Mutter zum Bischof Colenso von Natal flüchten mußte. Dort weilt er heute noch als Flüchtlings. Zwei weitere Söhne Panda's entflohen in die benachbarte Bauern-Republik; von dort aber in gleicher Weise ausgeliefert, ist ihr Schicksal wohl, gemäß dem zarten gnaden-

vollen Erbarmen ihres rohen Bruders, längst entschieden. Um diese Unruhen, die den jungen englischen Nachbarstaat in fortwährender Aufregung erhalten mühten, vollständig zu beenden, glaubte der Gouverneur von Natal das richtige Mittel gefunden zu haben, wenn er den alten Häuptling Panda verhängen könnte, einzig und allein zu Gunsten Geywayo's abzudrängen. So glaubte er zugleich letzteren verbinden und sich zum Freunde machen zu können. Das war aber bei dem bekannten treulosen, bösaartigen Charakter des jungen Mannes jedesfalls eine verkehrte Spekulation, da eine Zersplitterung der Zulukunft in verschiedene unbedeutendere Reiche unter den freundlicher gesinnten Flüchtlingen, und dann eine verständige Politik in der Behandlung der Einzelnen den Interessen der Kolonie angemessen gewesen wäre, als die Konzentrierung des Ganzen unter einem solchen Manne. Nur ungern willigte Panda in die Abdankung. Es gelang aber. Am 16. Mai verjammelten sich die Ersten der Nation und Herolde riesen, auf Befehl des Vaters, den Geywayo zum König und Oberbefehlshaber der Zuluarme aus. Es waren circa 15–20,000 Zulu's gegenwärtig. Auch der englische Beamte, Herr Sheppstone, war auf spezielle Einladung ebenfalls bei dem „Meeting“. Den neuen König begleitete eine Leibgarde von etwa 5000 bewaffneten Kriegern, während alle die anderen Kaffer sich waffenlos eingefunden hatten. Gleich hier am ersten Tage der neuen Regierung zeigten sich schon die üblichen Folgen. Als die Herolde mit ihrem Schrein, Karren und Rufen zu Ende waren, stellten sie sich den Engländern gegenüber und verlangten auf das Höflichste die Auslieferung der beiden Söhne Panda's, indem sie schworen, daß nicht eher Ruhe und Frieden zurückkehren sollten, bis beide jungen Leute ausgeliefert seien. Herr Sheppstone übernahm es wohl, ihre Verlangen zu hören, gab übrigens wenig Hoffnung auf Erfüllung, wenn es nicht der ausdrückliche Wunsch der beiden jungen Leute selbst sei, in ihr Land zurückgeschickt zu werden. Hierbei verblieb es für einige Zeit. Mittlerweile erfuhr Gouverneur Scott von Natal, daß Panda und der größte Theil der Ersten des Landes Geywayo gern besiegt hätten; es scheint aber, als wenn dieser Häuptling in seinem Mißtrauen die Entscheidung energisch betrieben, denn am 13. Juli kamen Nachrichten, daß er während des letzten Monats die ganze Zulukunft um seinen Kraal zu Ordini verlammte, und daß er nicht allein die bestehenden Regimenter (circa 35–40,000 Mann) einberufen, sondern sogar der ganzen waffenfähigen Macht Befehl zu rascheter Sammlung gegeben habe.“

„Dort war abgetunkt und der Einfall in Natal öffentlich besprochen worden. Ein Theil des Heeres sollte eilen und die beiden Söhne Panda's auf der abgelegenen Station des Bischofs entweder ergreifen oder tödten, während inzwischen die eigentliche Armee vorrückten und über den Tugela in Natal einfallen würde. Panda sandte diese Nachrichten an Herrn Sheppstone, den er vor allen Ausländern liebt, indem er zugleich bemerkte, daß sein Sohn wahrscheinlich vorgeben würde, mit seinen Leuten auf einem Jagdzuge aus zu sein; man möge sich aber vorsehen und vorstichtig sein. Man war es und nicht mit Unrecht; denn wenn die Nachrichten richtig sind, so war der Vortrab der Kaffer nur noch 30 Meilen (engl.) von der Grenze entfernt, als Geywayo erfuhr, daß durch Vertrath eine Überrumpelung der Kolonie vereitelt und eine bedeutende Anzahl Truppen längs des Tugela aufgestellt sei. Sofort gab er allen seinen Leuten Befehl zum Rückmarsch. Er selbst zog sich nach einem seiner entferntesten Kraale zurück; doch ehe er wegging, ließ er das ganze Gebiet (auf 30 Meilen breit) längs des Flusses wüste legen. Ein guter Stern wollte dies. Lasse die braven Einwohner Natal's wie Löwen streiten; lasse sie mit verzweifelter Wuth für ihre ganze Habe, für das Leben aller ihrer lieben Angehörigen fechten; was will eine Handvoll auch entschlossener Männer gegen unzählige Tauende von Feinden ausrichten, die das Dunkel zu ihren Operationen wählen; die bei der leichten Beweglichkeit ihrer Horden große Strecken in einer Nacht ablaufen, welche die schönen Heerden Vieh wegtreiben, die plötzlich um Städte und Gebäude erscheinen, diejenen über den Häuptern der ungewarnten schlafenden Einwohner anzünden und alle mit ihren Wurfspeeren niedersetzen, die etwa einen Rettungsversuch wagen sollten. Was wollen endlich einige Tauende Weiße, umringt von einer mehr als zwölftausend schwarzen Bewohnerung, von der sie nicht wissen können, ob sie nicht vielleicht gemeinsame Sache mit den ihr verwandten Stämmen machen wird? So verzog sich für diesmal die düstere Wolke einer schweren Heimsuchung, vielleicht der Vernichtung der Kolonie Natal, ohne unheilvolle Folgen. Von einer weiseren Politik als der bisherigen in der Behandlung der Eingeborenen hängt es ab, ob der jungen Niederlassung, die jetzt gerade ans Aufblühen kommt, die Segnungen des Friedens erhalten bleiben oder nicht.“

Literarisches.

Frauenleben, Goldne Stufen auf dem Wege des Weibes zu Gott.

In stillen Stunden, Gedanken einer Frau über die höchsten Wahrheiten des Menschenlebens. (Beide Bücher Verlag von C. Scholtze in Berlin; vorrätig in allen Buchhandlungen.)

Interesse desselben liege „seine Thätigkeit in seinen Beziehungen zu den inneren Verhältnissen der einzelnen Staaten und insbesondere zu deren Verfassungen auf das genaueste Maß zu beschärfen.“ Wenn aber das preußische Befehl vom 6. Juni v. J. diese enge Begrenzung des Rechtes des Bundes zu einer Einschränkung in die Verfassungsangelegenheiten rein deutscher Staaten als in den Alten und der allgemein völkerrechtlichen Natur des Bundes begründet gefunden hat, so hätte man wohl um so mehr zu der Erwartung berechtigt sein müssen, dieselben Regeln einem Bundeslande gegenüber beobachtet zu sehen, welches sich wie Holstein in einer anerkannten verfassungsmäßigen Verbindung mit einem nicht zu Deutschland gehörenden Staate befindet. Leider hat der deutsche Bund diese allseitige Voraussetzung bei Weitem nicht in seiner Beziehung zu uns erfüllt. Schon von 1854 an hatte die gemeinschaftliche Verfassung in ihren Grundzügen bestanden und das Stillschweigen der Bundesversammlung konnte nur als eine Anerkennung der Übereinstimmung derselben mit den in 1852 kundgegebenen Intentionen aufgefasst werden. Nichtsdestoweniger und obgleich der Bundesversammlung weder in einer Eingabe der holsteinischen Stände noch in der Neuberatung einer besondern Garantie eine formelle Berechtigung zum Einschreiten erwachsen war, hat dieselbe dennoch seit 1858 ihre Befriedungen darauf gerichtet, Schritt für Schritt das Herzogthum Holstein aus dessen, auf die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 basirten konstitutionellen Verbindung mit der Monarchie hinauszutragen. Und als diese Verbindung endlich aufgelöst war, ist der Bund deren Wiederherstellung hindern in den Weg getreten, theils dadurch, daß er dieselbe, im Widerspruch mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1842, von der Zustimmung der holsteinischen Stände abhängig mache, obgleich diese jedenfalls höchstens eine bloß ratgebende Mitwirkung in Anspruch hatten nehmen können, wie solches auch von der Bundesversammlung selbst anwohnt im Jahre 1858 unzweideutig anerkannt wurde, theils dadurch, daß den Ausdrücken „Gleichberechtigung der Selbständigkeit“, deren bestimmter Definition man sich immer sorgfältig enthielt, dennoch ein Sinn beigelegt wurde, der (wie es nur mit allzuvielen Rechten in der preußischen Deputiertenkammer in 1860 hervorgehoben ist) mit der Existenz eines Gesamtstaates unvereinbar ist. Nunmehr verlangt endlich der Bund, daß den holsteinischen Ständen in demselben Umfang wie dem Reichsrath eine Gesetzgebungs- und Bewilligungsbefugnis beigelegt werden sollte, die nach der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 in der bestimmtesten Weise außerhalb des Wirkungskreises der Ständeversammlung gehalten waren, um der gemeinsamen repräsentativen Versammlung reservirt zu sein. Um diese ganze, die vier letzten Jahre hindurch stets weiter gehende Einschränkung des Bundes ist fortwährend von der Androhung der Exekution begleitet gewesen, welche, als gegen den Landesherrn gerichtet, ohne Beispiel in der Geschichte des Bundes sein würde, wie sie auch ohne Gewähr in dessen Gesetzgebung ist. (Schluß folgt.)

— [Beschränkung der Straßenmusik.] Die „A. Pr. 3.“ meldet: Bekanntlich ziehen zahllose Ausländer auf Grund der ihnen dazu ertheilten Gewerbeschäume als Musiker, Drehorgelspieler, Harfenisten, Musikanten und zu Schauspielungen aller Art im Lande umher, eigentlich nur, um unter dem Deckmantel der Musik eine zudringliche Bettelreihe zu betreiben. Mehrere Provinzial-Regierungen haben deshalb die Anordnung getroffen, daß vom 1. Januar d. J. ab an Ausländer überhaupt nicht mehr Gewerbeschäume zum Musizieren im Umherziehen ertheilt oder auf die betreffenden Regierungsbezirke ausgedehnt und auch Inländern nur in beschränkter Weise diese Erlaubniß gegeben werden soll. Derartige Maßnahmen sollen zunächst von der Danziger, Bromberger, Posener und Liegnitzer Regierung angeordnet worden sein.

— [Die deutschen Flottenbestrebungen.] Der „Schwäbische Merkur“ bringt einen längeren Artikel über die deutsche Flotte, der den geringen Erfolg der bisherigen Sammlungen beklagt. „100,000 £ und selbst zehn Mal so viel ist nur ein düstiges Beginnen.“ „Was haben“, bemerkt das Blatt, „seiner Zeit die Sammlungen für die Brandbeschädigten in Hamburg und neuerdings die für Glarus betragen, ungeachtet von Rechts wegen das Interesse für ein partielles Unglück gegenüber von einer so eminenten und dringenden nationalen Forderung zurückstehen müßte.“ Das Blatt meint, nur Eins könne helfen, die Heranziehung der Kräfte des ganzen deutschen Volks auf dem Wege der Besteuerung. „In dieser Richtung sollten Alle wirken, denen an der wirklichen Lösung dieser großen Frage gelegen ist, von der Deutschlands Zusammenkunft abhängt. Neue Steuern gefallen freilich Niemand; man möchte den Patrioten spielen, aber um billigen Preis. Man vergibt, daß nie etwas Großes ohne große Opfer errungen wird.“ Federmann sagt, Deutschland müsse eine andere ehrenvollere Rolle in der europäischen Völkerfamilie spielen es dürfe nicht länger von dem guten Willen seiner Nachbarn abhängen, dürfe sich nicht länger von Kleinstaaten zum Besten halten lassen. Aber man täusche sich nicht, auch die größte Landmacht steht nur auf einem Fuße ohne Flotte; sie hat auf einem enormen Gebiete, dem Wasser, nichts zu lagen. Um so schlimmer, je größer ihre Handelsmarine ist. Allerdings haben die Seemächte einen Vorzug vor uns: sie besitzen ein großes Material; doch ist dieser Vorzug nicht so sehr groß, denn abgesehen davon, daß sich das Flottenmaterial in sehr kurzer Zeit abnutzt, mühten sie in den letzten Jahren wegen der nautischen und artilleristischen Erfindungen,

Dies sind die Namen zweier neuer Werke, welche Julie Burow, die von den Frauen mit Recht hochgeschätzte Schriftstellerin, ihrem Geschlecht bietet, dem sie schon zahlreiche, wahrhaft wertvolle Gaben geboten. Wie vielen Mädchen sind ihre „Herzenworte“ auf dem bedeutungsschweren Gange aus den Gefilden der Kindheit ins stets so heiß ersehnte Jugendland liebvolle mahrende Ratgeber gewesen, die Jungfrau geleitend durch die Freuden und Sorgen des Familienlebens, durch die Vergnügungen und Lockungen der Welt, vorbei an den Klippen des Wohllebens, an den nicht minder gefährlichen der Dürftigkeit, bis zu dem Punkte des weiblichen Daseins, wo die Jungfrau über die Stufen des Traualters ihrem natürlichen bürgerlichen Beruf als Hausfrau, Gattin und Mutter entgegen geht. In dem neuen Werk „Frauenleben“ knüpft die Ufr. den Faden ihrer Lehrkunst gleichsam dort wieder an, wo sie in dem vorerwähnten Buche dieselbe geschlossen, und begleitet die Haushfrau, die Gattin, die Mutter, in den Kreis ihrer Pflichten, in den Himmel ihres Glückes, in das Labyrinth ihrer Sorgen, Kämpfe und Schmerzen, dem zu entrinnen, die Siebe uns, den helfenden Ariadnesfaden reicht. Mit welcher Hingabe, mit welch anziehendem Einzuge auch in das scheinbar Kleinliche die Ufr. sich dieser Aufgabe unterzogen, wird Feder ermessnen können, der aus den früheren Schriften der Verfasserin weiß, wie sehr Herz und Geist sie befähigen, aus dem Schatz eigner Erfahrungen Lebte, Trost und Segen ihren Mitgeschwestern darzutun. Während das „Frauenleben“ seinem Zwecke nach auch bei den Neuerlichkeiten des Lebens weilt, ja sogar deren Bedeutung für das häusliche Glück mit lobenswerth praktischem Sinne darthut, wurzelt das zweite Werk: „In stillen Stunden“ gänzlich im Boden des Seelenlebens, denn es giebt die Gedanken einer Frau über die höchsten Wahrheiten des Menschendaseins, wie die Ufr., den Titel ihres Buches erläuternd, sagt. Wollen sie dieses Buch ein Religionsbuch nennen, so möchten wir vielleicht nicht ganz im Sinne der Ufr. handeln und wahrscheinlich so Manche täuschen, welche das Buch unter dem Gesichtspunkte betrachten, zu dem jener Ausdruck gewissermaßen berechtigt. Und doch fühlen wir uns ver sucht, dasselbe ein Religionsbuch zu nennen im schönsten, weitesten Sinne, d. h. kein Andachtsbuch für eine Katholikin, kein Gebetbuch für eine Protestantin, keins für eine Anhängerin des strengen Lutherthums, und wie die Namen und Schranken alle heissen, welche der Buchstabe aufgerichtet, damit der Geist zerplastert, geholt, zerpalten werde, sondern ein Buch für alle die Frauen, welche das Christentum nicht in Formen und Bildern allein, welche Gott, den Geist der Sieben, im Tempel des Natur suchen und finden. Der innigen Herzentrömmigkeit, welche diese „stillen Stunden“ durchweht, werden fromme Herzen leicht verzeihen, daß vor ihrer Wärme die Eisenschranken jener Dogmen schmelzen, welche die Christenheit in gesonderte Konfessionen und Sekten theilen; ja vielleicht werden eben dadurch, daß der Ufr. religiöse Bekennnisse über den Konfessionen schwanken, die Frauen aller Konfessionen ihre teilnehmenden Zuhörerinnen und bereichern Geist und Herz, indem sie den einen

welche überall Eingang fanden, fast ihr ganzes Material erneuern. Wir dürfen daher wohl auch Opfer bringen, wie alle anderen Nationen gebracht haben: aber sie dürfen nicht aus dem kleinen Beutel der Almosen fließen, wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen.“

Danzig, 6. Jan. [Landräthliche Verordnung.] In dem amtlichen Kreisblatte für den hiesigen Kreis weist Landrath v. Brauchitsch die Ortsbehörde resp. die Lokalchul-Inspektoren an, in dem Begleitberichte zu dem für den betreffenden Minister anzufertigenden Schulverwaltungsberichte pro 1859—1861 sich u. A. noch über folgende Punkte eingehend zu äußern: 1) über die Leistungen der Elementarschulen, der konzessionirten Privatschulen und der Wanderschulen; 2) über das Verhalten der Gemeinden gegen ihre Schuleinrichtungen; 3) über die Stellung der Lehrer zur Kirche und zu ihren Ortsgeistlichen; 4) über die dienstliche und außerdiensliche Führung der Lehrer.

Köln, 6. Jan. [Peterspfennig.] Der „Kirchliche Anzeiger“ heißt ein Schreiben des Papstes vom 12. Dezbr. an den Kardinal-Erzbischof mit, in welchem Se. Heiligkeit dankt für abermalige Übersendung einer Summe von Vierzig Tausend Thalern Namens der Bruderschaft vom heil. Erzengel Michael.

Destreich. Wien, 6. Jan. [Bestimmung gegen Preußen.] Die Polemit, welche die ministerielle Zeitung in Berlin gegen das amtliche Organ unserer Regierung wegen einer die Sybel'sche Schrift besprechenden Münchener Korrespondenz eröffnet hat, macht hier großes Aufsehen, weil man in diesem Streite der beiden ministeriellen Organe die Merkmale einer liegenden Bestimmung der beiden Regierungen gegen einander kennt. Schon bei Gelegenheit des Protestes gegen den Einmarsch unserer Truppen in die Sutorina trat eine seit längerer Zeit verhaltene Mithelligkeit zwischen den beiden Kabinetten ganz unverkennbar hervor. Es wurde damals zwar, und wie ich meine von wohlunterrichteter Seite her, versichert, daß der Einspruch Preußens in keiner Weise in der Form aufgetreten sei, um unserer Regierung irgend eine Verlegenheit bereiten zu können oder es zu wollen; indeß ist es doch auffällig, daß das Berliner Kabinett noch mit keiner Silbe sich öffentlich über diese Angelegenheit geäußert und überhaupt nichts gethan hat, um seinen in dieser Angelegenheit erfolgten Anschluß an den Schritt zweier Großmächte, von denen Federmann weiß, daß alles, was Destreich in Verlegenheit setzt, willkommen ist, zu rechtfertigen. In der jetzt angeregten Streitfrage hat nun die „Wiener Zeitung“ behauptet, die in Berlin angefochtene Münchener Korrespondenz polemisire nicht gegen Preußen, sondern gegen Herrn v. Sybel, der mit dem bewaffneten Vorgehen Preußens in der deutschen Frage gedroht habe. Wie es sich damit verhalten möge (die fragliche Münchener Korrespondenz liegt uns nicht vor), auf keinen Fall ist dieser häusliche Zwist erquicklich zwischen den beiden Mächten, auf welche Deutschland in den gegenwärtigen Zeiten mehr als je den Blick gerichtet hält, und deren Eintracht allein die drohenden Gefahren abzuwenden vermag. (B.H.Z.)

— [Note über die deutsche Frage.] Die „Morgenpost“ will wissen, Graf Nechberg habe in der jüngsten Zeit eine Note in Bet्रeit der deutschen Frage erlassen, worin er sich gegen alle mit den Bestrebungen des Nationalvereins irgend welche Aehnlichkeit habenden Projekte“ erkläre und zu dem Schlusse gelange, daß die Aufrechthaltung des Bundes in einer von der jetzigen weniger abweichenden Form das einzige Mögliche sei.

— [Die Verwirrung in Ungarn] steigt immer höher. Zwar herrscht im Allgemeinen Ruhe; diese Ruhe ist aber nur eine äußere, in der Tiefe dauert die Erregung fort, und ist jede Behauptung unwahr, die von einer günstigen Wendung der Stimmlung in Ungarn spricht. Die Bemühungen der Altkonseren, das Oktoberdiplom mit den Gesetzen vom Jahre 1848 zu vereinbaren, sind ganz ohne Bedeutung, sowie es die Partei ist, welche sich diesem Werke unterzieht. Die Altkonsernen oder wie man sie jetzt nennt, die Oktobermänner haben keinen Boden mehr in ihrem Vaterlande und keinen Einfluß auf die Bevölkerung. Die Regierung thut aber auch ganz Recht, wenn sie sich in keine Transaktion mit denselben einläßt, da sie daraus gar keinen Nutzen schöpfen kann, andererseits sie auch nicht zu fürchten hat, denn das ist gewiß, die Oktobermänner werden, wenn sie sich auch durch die Feudalen diesesseits der Leitha verstärken, eben so wenig im Stande sein, das Ministerium zu stürzen, als sie die Macht und den Einfluß

Glauben, das eine Gottbewußtheit an dem frommen Kultus dieser deutschen Frau prüfen.

* — Erfreulich ist es, daß es noch Männer gibt, die sich trotz abgreifender Erfahrungen nicht hindern lassen, ihre Kräfte in völlig uneignenförmiger, ja aufopfernder Weise dem Wohle der Menschheit auf Gebieten zu widmen, welche ganz vornehmlich noch der Bearbeitung und Aufbesserung bedürfen. Einer solchen ganz besonders zu würdigenden That begegnen wir in der durch den Dr. Meinert in Dresden unternommenen Herausgabe der Zeitschrift: „Der Wasserfreund“ (zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen), dessen erste Nummern uns vorliegen. Es ist zwar nicht unsere Absicht, eine kritische Beurtheilung dieser Zeitschrift nach Plan und Anlage vorzuführen, allein wir denken, daß es nichts schaden kann, wenn ein einfacher Geschäftsmann, dessen Leben vor 23 Jahren durch die Wasserfur gerettet ward, der die legtere in mehreren Wasserheilanstalten Deutschlands, ebenso wie durch Schriften kennen lernte, und welcher dieselbe an sich wie an seiner Familie in den bedenklichsten Fällen mit überraschendem Erfolge seit 15 Jahren erprobte, sein Urtheil laut werden läßt, welches dahin geht, daß die klare, gemeinverständliche Darstellungswweise, welche der Herausgeber einhält, die einzige ist, welche das größere, nicht ärztlich gebildete Publikum auf die Dauer zu fesseln vermag. Fährt er mit Mäßigung und Ausdauer auf dem betretenen Wege fort, so beginnt die Überzeugung, daß das Blatt unendlichen Segen stiften kann. Von jedem strebsamen Arzte ist es schon an und für sich zu erwarten, daß er sich mit allen in sein Fach einschlagenden Erscheinungen bekannt zu machen sucht; möchte sich aber auch außerdem ein Arzt, dem es um Wahrheit zu thun ist, abhalten lassen, an den eigentlichen Sitz der Wasserpraxis, d. h. in gut geleiteten Wasserheilanstalten, die hydropathische Kurort jüngstig zu prüfen; er würde dann, wenn er an der einen oder der anderen Kurmethode irre geworden, für die meisten Fälle einen positiven Boden wieder gewinnen und es vermeiden, seine Patienten ohne anderen als bloss diätetischen Rat zu lassen, oder sie durch Beschreibung eines indifferenten Bruststiftes oder bunten Wassers zu beruhigen, welches glücklicherweise nichts schaden kann, aber auch nichts nützt! Auf alle Fälle würde ein solcher Arzt wenigstens jedes schroffe Urtheil über die Wasserheilunde zurückhalten und ihr vielmehr offen eine Berechtigung zugestehen, wie dies heutzutage schon mehrfach durch Anordnung alter Umschläge &c. in indirekter Weise geschieht. Bleibt dies, wie manches andere Einfachungen, welche die heilkundigen Wirkungen des Wassers an sich selbst oder an Anderen kennen und schätzen lernen, die nächste Verpflichtung, das Unternehmen des Dr. Meinert durch thalkräftige Theilnahme zu unterstützen, damit die Fackel der Wahrheit, welche die Göttin der Gesundheit leitet und sich auf die Presse stützt (siehe die Titel-Bignette der neuen Zeitschrift), ihre Strahlen weit und breit segnend und helfend verbreite.

haben, die Ungarn mit der Februarverfassung zu verschönern. Von dem Oktoberdiplom will man jenseit der Leitha eben so wenig etwas wissen wie diesseits der Leitha; dort wo es noch als plium desiderium aufgestellt wird, geschieht es lediglich, um andere Wünsche zu verhüllen, wie dies Seitens der Czeges sowie der Junkerpartei, deren Organ das „Vaterland“ ist, geschieht. Das Oktoberdiplom ist in dieser Beziehung jedenfalls ein sehr bequemes Mittel, da es seinen Rednern die Gelegenheit giebt, die loyalsten Phrasen auszusprechen. Wie sehr man dasselbe zu benutzen versteht, zeigen am besten die Artikel des „Vaterland“. Da jedoch der Kaiser selbst von den Oktobermännern nichts mehr wissen will, so liegt es auf der Hand, daß das Ministerium die von dieser Seite ausgehende Agitation nicht zu fürchten hat. (Schl. 3.)

Pesth, 4. Jan. [Der Sprachunterricht in den Gymnasien.] Durch Hofdecreet an den K. ungariischen Statthalterrat wird bestimmt, daß 1) in den Gymnasien zu Osse, Pesth, Preßburg, Dedenburg, U-Altenburg und Güns die deutsche; 2) beim Neusoler, Eperjiser, Leutschauer, Schemnitzer und Neutraer Gymnasium die slowatische und deutsche; 3) beim Tyrnauer, Lovasjer, Skalitzer und Trentschiner die slowatische; 4) bei der Skalmarer, Egoischer und Nagybanhaer Mittelschule die rumänische; 5) beim Arader die rumänische und deutsche; 6) beim Temesvarer die deutsche, rumänische und serbische; 7) beim Groß-Becklerker die serbische und deutsche; 8) beim Maroszi Szigeter die rumänische und ruthenische und 9) beim Ungarischen Gymnasium die ruthenische als mit der ungarischen gleichberechtigte Unterrichtssprache und zugleich als obligatorischer Lehrgegenstand zu berücksichtigen seien. Schließlich wird vom Standpunkte allgemeiner Bildung, so wie zufolge der engeren Verbindung zwischen den Völkern Ungarns und den österreichischen Provinzen als unumgänglich nötig betrachtet, daß die deutsche Sprache an allen Gymnasien Ungarns als obligatorischer ordentlicher Unterrichtsgegenstand behandelt werde.

Sachsen. Leipzig, 6. Jan. [Dänische Ablehnung.] Für den Pastor Valentini, einen hiesigen allgemein geehrten Geistlichen (vertretenen Schleswiger), hat sich, wie man jetzt erfährt, die dänsche Regierung in Kopenhagen dahin verwandt, daß ihm eine Besuchsreise nach seiner früheren Heimat gestattet werde. Es ist nun nicht ohne Interesse bei der gegenwärtigen politischen Situation, daß die dänische Regierung auch in dieser Angelegenheit einem deutschen Kabinett abweisend entgegnetretten ist.

Baden. Karlsruhe, 5. Jan. [Zur deutschen Frage.] Die „Karls. Ztg.“, welche in ihren letzten Leitartikeln gegen die „A. Ztg.“ in der deutschen Frage polemisirt, bemerkt heute: „Die „A. Ztg.“ erweist den deutschen Mittelstaaten, für welche sie platzt, einen schlechten Dienst, wenn sie dieselbe als unübersteigliches Hinderniß für Predigtung des nationalen Bedürfnisses hinstellt; darüber mag sie mit ihren Prototypen sich auseinandersetzen. Wenn die „Allgemeine“ alle egoistischen Triebe aufzeigt zum Kampfe für den Partikularismus, so werden wir nicht müde werden, in den Herzen unseres Volkes den Glauben an den endlichen Sieg der sittlicheren Bestrebungen für Begründung einer würdigen, nationalen Existenz aufrecht zu erhalten. Und dieser Glaube wird sich erfüllen. Ein Volk von 35 Millionen, von der geistigen Kraft und der sittlichen Tüchtigkeit, wie das deutsche, vollbringt, was es in seinem Gewissen als seine Aufgabe erkannt bat, nicht abschreckt durch Schwierigkeiten, noch weniger beirrt durch eile Prohungen. Nicht die blutigen Waffen des Bürgerkrieges, welchen die erhöhte Phantasie der „Allgemeinen“ als Schreckbild ausmalt und der uns von dem ersehnten Ziel nur entfernen würde, sondern die Erkenntniß der Nothwendigkeit und die imponirende Majestät eines Volkes, das zum Bewußtsein seines höchsten Rechts und seiner heiligsten Pflicht gekommen ist, sich ein seinen Kräften und seiner Geschichte entsprechendes Dasein zu schaffen, so werden sogar den Widerrisiken der Mittelstaaten unblutig überwinden. Mit solchen Mächten, die im Moment der Entscheidung in Nichts zerstieben, mag die „Allgemeine“ die Wenigen erschrecken, welchen ihr Drakel höher gelten, als die Erfahrungen der Geschichte; den Muß unseres Volkes wird sie damit nicht lähmten.“

Hamburg, 5. Januar. [Die Vorlage eines neuen Rekrutierungsgesetzes] gab in der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft Anlaß zu überaus heftigen Debatten, die sich voraussichtlich noch durch mehrere Sitzungen hinziehen werden. Seit Jahren wird die Konskription als eine überaus drückende Last em-

Mittheilungen aus Justus Perthes' geographischer Anstalt über wichtige neue Erforschungen auf dem Gesamtgebiete der Geographie von Dr. A. Petermann. 1861. Heft X. und XI. (Vorläufig in der F. J. Heinrichs Buchhandlung hierabfahrt)

Das Heft X. bringt außer einem sehr reichhaltigen Bericht über neue, sowie demnächst erscheinende geographische Werke und Karten einen Bericht über die Expedition nach dem Burdellin-Flusse in Queenland 1860; den Schluss der Bergsträfers und Kostenlofs Untersuchungen des Manypisch in der Pontokaspischen Niederung; Dr. v. Franzius' Beiträge des Balkans 1859; und endlich drei Aufsätze und Berichte über Afrika, nämlich die neuesten Nachrichten von der Heuglinischen Expedition, aus McKulu vom 12. Juli, als dieselbe den Anschluß des Schweizer Munzinger verstärkt, auf dem Wege nach Keren in den Bogos-Ländern begriffen war; Bericht nebst Originalkarte über Henry Duvepliers Reisen und Forschungen im Grenzgebiete von Alger, Tunis und Tripoli 1860; Bericht über v. Beurmanns Reisen in Nubien und im ägyptischen Sudan 1860 und 1861. Dieser Reisende ist ganz auf kurzem erst von sehr erfolgreichen Wanderungen zurückgekehrt, auf denen er u. A. auch mit Munzinger in den Bogos-Ländern und mit der Heuglinischen Expedition in Egypten zusammengetroffen war.

Während fast alle seefahrenden Nationen sich dazu drängen, Verbindungen mit China und Japan anzutun, um mit diesen Ländern Handel zu treiben, haben die Engländer einen Schritt weiter gethan und ihren Einfluß auf das Innere des chinesischen Reiches ausgedehnt, und zwar hauptsächlich auf dem Yangtsekiang, dem großen Strome Ostasiens. Bereits im Herbst 1858 ging Lord Elgin mit einem Geschwader auf diesem Flusse bis Hankau, 140 deutsche Meilen vom Meere entfernt; die englische Expedition unter Blaiston, Sarel u. A. in diesem Jahre (März bis Juli 1861) gelangte aber noch etwa 200 deutsche Meilen weiter, nämlich bis Pingtan, ein Punkt, den kein Europäer vor dieser Expedition jemals erreicht hat. Der Yangtsekiang ist somit etwa 340 deutsche Meilen weit verfolgt, eine Strecke soweit als von Marseille nach Petersburg, oder von London nach Konstantinopel, oder beinahe viermal soweit als der Rhein von Rotterdam nach Basel. Der Oberstleutnant Sarel hat über diese glänzende Expedition einen äußerst wichtigen Bericht zur Privatvertheilung in Hongkong drucken lassen, der im XI. Heft in vollständiger Übersetzung und mit einigen Erläuterungen gegeben wird.

Außerdem enthält dieses Heft u. A. einen Bericht über die Heuglinische Expedition mit einer Kartenstizze, sowie einen Plan der Bai von Suez von Dr. Petermann, im Maßstab von 1:40000.

pfunden, die in Hamburg deshalb um so härter belastet, als sie von einer fast ausschließlich städtischen Bevölkerung getragen werden müssen. Diese Last für die Bevölkerung zu erleichtern, hatten sich natürlich viele Stimmen für Einführung der Werbung ausgesprochen. Der bürgerschaftliche Ausschuss nun, dem das Rekrutierungsgesetz zur Begutachtung überwiesen war, verwirft die Werbung, weil dieselbe beim Mangel an anwendbarer Mannschaft praktisch nicht durchführbar sei, verwirft ebenso die allgemeine Dienstpflicht und desgleichen die Aushebung durch Losung ohne Stellvertretung. Er erachtet die Losung mit Stellvertretung als das einzige System, durch welches Hamburg seiner Bundespflicht zu genügen im Stande sei, spricht sich also für das bisherige System aus, daß die verschiedenen Klassen der Bevölkerung am Ungleichartigsten belastet. Hingegen machte die Linke entschieden Front. Hellmer beantragt Verweisung der Sache an eine gemischte Kommission von Senats- und Bürgerschafts-Mitgliedern, welche die Frage erwägen soll, ob es nicht möglich sei, daß Hamburg auf anderem Wege als durch Aushebung mittelst Losung mit Stellvertretung seiner Bundespflicht genügen könne. Verschiedene Mitglieder empfehlen Werbung, empfehlen das schweizerische Militär-System. Darin aber stimmen alle Redner, Edgar Noz vom linken Zentrum, und Wilhelm Marr, von der äußersten Linken, mit dem Antragsteller überein, daß es Aufgabe dieser Kommission sein müsse, zu prüfen, ob nicht etwa durch eine Militär- und Flotten-Konvention mit Preußen eine Erleichterung in Bezug auf die persönliche Belastung der Bevölkerung Hamburgs in der Heranziehung zum Militärdienst zu erzielen sei. Man glaubte, daß es möglich sei, durch eine erhöhte Leistung Hamburgs zur Flotte Preußen zu einem Abkommen zu bewegen, wonach dieselbe einige über sein Bundeskontingent gestellte Bataillone als stellvertretend für Hamburgs Landkontingent bezeichne, indem durch ein solches Abkommen die Wehrkraft Deutschlands nicht wohl vermindert werde, da, was diele auf der einen Seite zu Lande verliere, sie durch die erhöhte Leistung Hamburgs zur See wieder mehr als gewinnen würde. Eine preußische Garnison in Hamburg glaubte man dabei nicht als unbedingte Notwendigkeit betrachten zu müssen. Marr, der von Gefülspolitik nichts wissen will, bemerkte, daß ein Vertrag, wie der oben angedeutete, auf dem gegenseitigen Interesse beider Staaten beruhe. In solcher Richtung einen Schritt zu thun, dazu zwinge die Konsequenz ihrer eigenen Beschlüsse die Bürgerschaft. Anderen Falles kennzeichneten sich ihre Beschlüsse des letzten Jahres über deutsche Zentralgewalt, in der hessischen Frage, in der Flotten-Angelegenheit als inhaltslose, patriotische Phrase. In diesem Stadium der Debatte verlagerte sich die Versammlung in sehr erregter Stimmung. (A. P. B.)

Hessen. Kassel, 5. Jan. [Wahl Knobels; die Zweite Kammer.] Wie vorauszusehen war, ist die Wahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer im Landwahlbezirk Hofgeismar und Wollshagen vorgestern auf den „alten Knobel“ gefallen, der auch sofort hier eingetroffen ist. Die Vorgänge bei seiner Wahl verdienten bemerklich zu werden. Knobel war, obgleich das Ministerium des Innern ihn wegen seiner Suspension vom Bürgermeisteramt für aktiv und passiv wahlunfähig erklärt hatte, von der Wahlkommission, der allein die Entscheidung zusteht, zur Wahl zugelassen und zum Wahlgang gewählt worden; als solcher war er berechtigt und verpflichtet, bei der Abgeordnetenwahl mitzuwirken. Bei seinem Eintritt in das Wahllokal wurde er von zwei Gendarmen mit Gewalt hinausgeführt und an der Ausübung seines Wahlrechtes gehindert, natürlich auf Anordnung des Landstuhles, die so getroffen war, daß die übrigen Wahlmänner vor Beendigung der Wahl nichts davon erfuhren. Sie schöpften aber Verdacht, da sie wußten, daß Knobel nicht fehlt, wo es gilt, das Recht des Landes zu wahren, und wählten ihn einstimmig zum Abgeordneten. — Über das Verhalten der Regierung der Zweiten Kammer gegenüber verlautet noch Nichts; daß das einfache Weggehen des Landtagskommissars nicht als ein formeller Abschluß der Thätigkeit der Zweiten Kammer angesehen werden kann, liegt auf der Hand, zumal die Anwesenheit derselben nur bis zu dem Momente erforderlich war, wo der Alterspräsident den Vorsitz und die Leitung des weiteren Verfahrens übernommen hatte. (A. P. B.)

Darmstadt, 5. Januar. [Der General-Lieutenant v. Wachter], welcher seither das Kriegs-Ministerium interimistisch verwaltete, ist zum Kriegsminister ernannt worden; gleichzeitig hat unter den höheren Offizieren ein großes Avancement stattgefunden.

Büdingen, 5. Jan. [Unglücksfall.] Der Jagdwagen des Fürsten zu Yenburg und Büdingen ist am 2. d. Abends auf dem Rückwege aus dem nahe gelegenen herrschaftlichen Thiergarten hierher in Folge des Scheuerwenders der Pferde von einem hohen Damme, über welchen der Weg führt, in die Tiefe hinuntergestürzt, wobei der Prinz Heinrich zu Solms-Hohenholms-Eich, welcher sich in dem Wagen befand, so bedeutend verletzt wurde, daß er schon in der Nacht verschied. Vier andere Personen wurden weniger bedeuend verletzt. Dem Fürsten war es mit einigen wenigen Personen gelungen, sich der großen Gefahr noch zeitig durch einen Sprung aus dem Wagen zu entziehen. Der verunglückte Prinz ist der zweite Sohn des Prinzen Ferdinand zu Solms-Hohenholms-Eich.

Holstein. Rendsburg, 4. Jan. [Beschluß auf Beschwerden.] Das hiesige „Wochenblatt“ berichtet: „Nachdem am 24. Dezember in Sachen des „Nord, Grenzboten“ an das Finanz-Ministerium und an das Ministerium für Holstein und Lauenburg erneute Beschwerden abgehandelt sind, ist nunmehr ein vom 31. Dezember v. J. datirtes Schreiben des General-Post-Direktors hier eingetroffen, worin den Altonaer Abonnenten des genannten Blattes auf deren Eingabe vom 3. November mitgetheilt wird, daß nach der vom Finanzministerium in dieser Beziehung abgegebenen Resolution bei dem Postkomtoir in Rendsburg, da dasselbe ein schleswigisches Postkomtoir ist, auf das erwähnte, im Herzogthum Schleswig verbotene Blatt kein Abonnement wird gezeichnet und von demselben auch keine Distribution dieses Blattes in irgend einem Theile des dem genannten Postkomtoir untergelegten Postdistriktes wird vorgenommen werden können, so wie, daß das Rendsburger Postkomtoir instruit und zugleich autorisirt worden, die von den Abonnenten erlegte Abonnementsbegleichung resp. Postgebühr event. zurückuerstattet. Demnach werden auch die Neumerker Abonnenten gedachte Wochenschrift hinfällig nicht mehr mittelst der Post bekommen, und ist somit diesem Blatte für ganz Rendsburg der Postdebit entzogen.“

Mannheim. Wiesbaden, 6. Jan. [Die „Wiesbadener Zeitung“] berichtet mit, daß einer der verhafteten Redakteure ihrer Zeitung, Dr. Löwenthal, am 2. d. „unter Anlegung von Handschellen“ zum Verhör geführt worden. Das „Frankfurter Journal“ bemerkt dazu: „Wir fühlen nicht den entferntesten Beruf, das in jeder Beziehung unreife Gebahren in der Redaktionsleitung dieses Herrn in Schutz zu nehmen; aber über die mittelalterliche Maßregel der Handschellen müssen wir denn doch unsere volle Entrüstung aussprechen. Wenn die bloße „Anklage“ auf „Gotteslästerung“, die ohnehin mit unserer modernen Ansichtung nicht recht harmonieren will, ein solches inhumane Verfahren gegen einen den gebildeten Ständen angehörigen, nicht mit übermäßigen physischen Kräften ausgerüsteten jungen Mann rechtfertigt, wie will man dann gegen den möglicherweise verurteilten „Gotteslästerer“ vorgehen? Ihn etwa auf einer Kubanhaut ins Gefängnis schleisen?“ Nach der „Wiesbadener Ztg.“ hat übrigens das dortige Appellationsgericht am 4. d. die „sofortige Entlassung“ Löwenthals aus seiner Haft versagt.

Sachsen-Herzogth. Gotha, 6. Jan. [Handwerkerstag.] Gestern fand hier der von dem hiesigen Handwerkerkomitee ausgeschriebene Thüringer Handwerkerstag zu dem Zwecke statt, um eine gegen den Gewerbegegentwurf gerichtete Erklärung zu erlassen. Dem Auftrag des Komitees war von 45 thüringischen Orten durch Absendung von Deputirten entsprochen worden, während etwa 10 andere thüringische Städte durch schriftliche Eingaben ihre Unterordnung unter die Beschlüsse des Handwerkerstags ausgesprochen hatten. Die Versammlung war einschließlich der über 200 Personen zählenden Deputirten von etwa 500 Personen besucht. Das hiesige Komité hatte ein Programm aufgestellt, von welchem der Satz einstimmig angenommen wurde, daß die Regierungen um Zurücknahme des (auf unbedingter Gewerbefreiheit ruhenden) Gewerbegegentwurfs ersucht werden sollen. Mit gleichem Stimmeverhältniß erklärte sich die Versammlung für den eventuellen Antrag, daß die Regierungen mit diesem Entwurf wenigstens bis dahin Aufstand nehmen sollten, wo Preußen mit einer Gewerbeordnung vorgegangen sein würde. Außerdem wurde mit Stimmeneinheitlichkeit der Beschluss gefasst, die Regierungen zu ersuchen, bei Ausarbeitung eines neuen Gewerbegegentwurfs Vertrauensmänner aus dem Handwerkerstande mit beizuziehen. Diese Beschlüsse sollen in einer an die thüringischen Regierungen zu richtenden Petition niedergelegt werden.

Großbritannien und Irland.

London, 5. Jan. [Der Konflikt mit Amerika.] Die Wochenblätter behandeln das englisch-amerikanische Kriegs- und Friedensthema so ziemlich in demselben Tone wie die Tagespresse. Neben Hauptdürfte es nicht leicht eine bedeutende Frage geben haben, in der ganz England so einig wäre, wie in der vorliegenden, einig darin, daß das Recht auf seiner Seite sei, und daß die Regierung nur ihre Pflicht gethan habe, indem sie, mit Hintanzierung aller Nebenrücksichten auf die zu bringenden großen Opfer an Gut und Blut, mit rascher Entschlossenheit vortrat, um das Recht und die Ehre des Landes zu retten. Allen am Anfang aufgestellten Präzedenzfällen ist der Reihe nach, selbst von amerikanischer Seite, ihre Unhaltbarkeit nachgewiesen worden; wo eine europäische Regierung sich vernehmen ließ, geschah es zu Gunsten der englischen Auffassung und selbst von den absoluten Friedensfreunden, deren humane Tendenzen Niemand verkennen sollte, wenn man auch mit ihren Agitationsmitteln nicht einverstanden sein kann, hat kein einziger gewagt, der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie für die Ehre des Landesflagge einstand. Sie haben Vermittlungen besurworfen, aber niemals, wenigstens in letzter Zeit nicht, das Recht Englands abgelehnt. Heute stehen wir endlich auf dem Punkte, wo es uns gestattet ist, auf die Erhaltung des Friedens mit guter Zuversicht hoffen zu dürfen. Die Wandlung der amerikanischen Blätter ist eine wunderbare und läßt auf einen friedlichen Ausgang schließen. Ob sie stattgefunden hat, weil bei ihnen der Rechtsinn über Nacht zum Durchbruch kam, oder weil das entschlossene Auftreten Englands eine gewisse Wirkung hervorbrachte, mag jeder nach eigenem Beruf und Gewissen entscheiden. Hier in England wird man ewig an der zweiten Ansicht festhalten, und die nächste Folge wird die sein, daß Lord Palmerston mit festerer, selbstbewußterer Haltung als je zuvor vor das Parlament treten wird. Fügt sich Amerika den Forderungen der Regierung, so ist dies für sie ein Sieg, der eine ganze Session voll kleiner parlamentarischer Niederlagen weit zu machen kaum im Stande sein wird. In Birmingham fand am 2. d. ein auf Anregung der Friedensfreunde berufenes Meeting statt, Behuß einer Petition an die Regierung, damit dieselbe gedrängt werde, im Falle einer ungünstigen Antwort aus Amerika, ihr Recht vorerst bei einem Schiedsgericht zu juchen, anstatt mit umgehender Post Krieg zu erklären. Statt dessen ward die Resolution angenommen, daß dieses Meeting das rasche und männliche Handeln Lord Palmerstons, Earl Russell's und des Kabinetts höchst billigt, und zugleich der Zuversicht ist, daß dieser Streit auf ehrenhafte Weise ohne Krieg zu Ende geführt werden möge“.

Frankreich.

Paris, 5. Jan. [Zur Pressefrage.] Der panische Schreken, der sich der französischen Drucker und Verleger in Folge der häufigen gerichtlichen Verurtheilungen zu Geldstrafen, Gefängnis oder gar zu Entziehung der Konzessionen bemächtigt hatte, sollte, wie die „Indépendance“ in einer ihrer Korrespondenzen aus Paris gemeldet hatte, in neuerer Zeit so unglaubliche Proportionen angenommen haben, daß die Druckereibesitzer eine Petition wegen Wiedereinführung der Zensur an den Senat zu richten beschlossen hatten. Der „Lemps“ nimmt auf diese noch als Gericht verbreitete, aber jedenfalls nicht unmögliche Erscheinung Bezug und spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Wenn das Gesetz, oder vielmehr wenn die Gesetze über die Presse einfach, klar und bestimmt wären, so könnte man mit allem prinzipiellen Vorbehalte zugeben, daß die Verantwortlichkeit der Drucker und Verleger ohne zu große Gefahr für die berechtigten Presseinhaber ausgeübt werden könne. Besitzt das Gesetz aber diese Klarheit, diese Einfachheit, diese Bestimmtheit? Das ist schwer zu glauben. Ohne uns in eine ins Einzelne gehende Prüfung einzulassen und ohne von der beträchtlichen Zahl Gesetze und Dekrete, aus denen die Pressegesetzgebung besteht, zu sprechen, konstatiren wir nur, daß vor kaum zehn Tagen Saint Marc Girardin als Aufwiegler (Factieux) von dem „Moniteur“

behandelt wurde, und daß noch kürzlicher ein Journal, welches unter Anderem von dem ehemaligen Direktor der Presse inspirirt wird, seinerseits von dem offiziellen Blatte zur Ordnung gerufen wurde. Wenn Männer, die eine so gründliche Gelehrtheit und eine so außerordentliche Klugheit besitzen, wie Saint Marc Girardin, sich in der Bedeutung des Gesetzes täuschen können, wenn ein Mann, der während mehreren Jahren die Anwendung der Pressegesetze zur speziellen Mission gehabt hatte, der Überschreitung seines Rechts und der Verirrung auf verbotenes Gebiet unterworfen ist, wie kann man da von einem einfachen Drucker verlangen, die komplizierten Fragen zu lösen, welche die Prüfung eines Manuskriptes in sich begreift? Duvernois, der Verfasser des Artikels, zieht daraus den Schluß, daß für den Drucker die Wiedereinführung der Zensur sicher den Vorzug vor der jetzigen Lage verdiene; ja, nicht nur für den Drucker, sondern auch für den Verfasser und die Regierung selbst; denn unter den jetzigen Verhältnissen sei der Drucker, aus Furcht, sein Vermögen zu verlieren, mißtrauischer als der strengste Zensor, und wenn Voltaire in unseren Tagen lebte, würde er sicher keine zwanzig Seiten ohne eine spezielle Erlaubnis von oben drucken dürfen. Für die Regierung aber steht in den Garantien, welche die Zensur darbietet, eine Kompensation für die ungeheure Verantwortlichkeit, die auf ihr ruhe. Auf alle Fälle müßte eine Wahl getroffen werden, und zwar zwischen einem System, das einer auf die allgemeine Wahlstimme gegründeten Regierung das Mittel gebe, sich zu jeder Stunde über die Interessen und Wünsche des Landes und die Handlung ihrer Agenten aufzuklären, und zwischen einem System, das die Regierung isolieren würde, ohne ihr zu gestatten, eine andere Stimme als die ihre zu vernehmen, und dessen größtes Verdienst sein würde, den Gedanken der Gewalt unaufhörlich in einem Spiegel in verbielfältigter Gestalt wiederzuspiegeln. „Unsere Wahl“, bemerkt Duvernois, wäre nicht zweifelhaft; aber es kommt uns nicht zu, eine Wahl zu treffen.“

— [Tagessbericht.] Béron hält im „Constitutionnel“ die neujährliche Rückschau und findet, daß es in der ganzen Welt ziemlich übel, aber in Frankreich recht gut aussieht. Hier seien die Gemüther vollkommen beruhigt, die Interessen gesichert, die Parteien beschwichtigt, Zivilisation und bürgerliche Gesellschaft über alle Zweifel erhaben und die Fahne Frankreichs geehrt und geachtet nach Verdienst und Würdigkeit. — Der „Courrier du Dimanche“ hat wieder einen Prozeß gehabt. Er hatte Bezug auf ein vor einiger Zeit vom Fürsten Dolgoruki veröffentlichtes Werk: „Die Wahrheit über Russland“. In einer darauf bezüglichen Polemik hatte Fürst Simon Woronzoff behauptet, Fürst Dolgoruki habe dem alten Marshall Woronzoff, dem Vater des Ersteren, einen anonymen Brief geschrieben, um ihm 200,000 Fr. unter der Bedingung, ihn in einem von ihm vorbereiteten genealogischen Werk gut zu behandeln, abzuverlangen. Daraus entspans sich ein Briefwechsel im „Courrier du Dimanche“, der zu einer gegenseitigen Klage auf Schadenersatz führte. Das Gericht entschied zu Gunsten des Prinzen Woronzoff. Der „Courrier du Dimanche“ und Fürst Dolgoruki wurden solidarisch in die Kosten, Erster jedoch nur bis zum Betrage eines Sechstels, verurtheilt. Außerdem verordnete der Reichsgericht die Einräumung des Urteils in mehrere Pariser Zeitungen, sowie in ein Londoner und Petersburger Blatt. — Das für technische Mittheilungen bestimmte Journal „Le Constructeur universel“ ist wegen unbefugter Mittheilung eines politischen Artikels durch richterliches Urteil unterdrückt worden. Redakteur und Drucker wurden außerdem zu einem Monat Gefängnis und 100 Fr. Geldbuße verurtheilt. — Bei dem bekannten Prozeß gegen Riom wurden die als Zeugen vernommenen Mitglieder der jüdischen Familie Kirrewiel von einem Pöbelhaufen beschimpft. Daraus entstand ein Prozeß gegen einen Gastwirth, der in erster Instanz zwar zu einer Geldbuße verurtheilt wurde, allein unter Begleitung von Motiven, welche das Verdict des Schwurgerichts gegen die Priester förmlich verhöhnten. Der Appelhof hat nun das erste Urteil in der Sache bestätigt, weil der Gastwirth gute Antezedenzen hat; dagegen hat er die Motive des ersten Richters unter schärfster Rüge vernichtet; der Appelhof erklärt, daß das Gericht erster Instanz einen Geist schlimmer Intoleranz an den Tag gelegt habe. — In der „Opinion nationale“ stellt Adalbert Mickiewicz, ein Sohn des polnischen Dichters Adam Mickiewicz, an Frankreich das unzweideutige Antrinnen, um Polens Willen Russland den Krieg zu erklären; der Kaiser werde gerade so plötzlich wie am Neujahrstage 1859 Herrn Hübler, auch einmal dem russischen Botschafter ein ungädiges, denselben, mit Entsegen erfüllendes Kompliment an den Kopf werfen müssen. — Prinz Murat wird aus Gesundheitsrücksichten einige Monate in Nizza zu bringen. — Auf Wunsch des Kaisers werden die Minister jetzt der Reihe nach große Bälle geben. — Es gehen auf Verlangen des portugiesischen Ministeriums zwei hiesige Arzte zur Behandlung der königlichen Familie nach Lissabon. — Auf den Werken des bekannten Schiffbaumeisters Arman in Bordeaux ist ein furchtbare Feuer ausgebrochen, welches außer einer großen Anzahl Bauholz, dessen Wert, allein auf 100,000 Francs geschätzt wird, noch vier Häuser zerstört. — Nach einer Privatdepesche aus Madrid soll Juarez, Präsident der Republik Mexiko, entschlossen sein, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. Er hoffte, eine Armee von 18,000 Mann zusammenbringen zu können. Dieselbe soll in drei Corps getheilt und von dem General Dobaldo befehligt werden. Das Hauptquartier wird in Mexiko sein. Puebla soll vertheidigt werden. Der spanische General Gasset, der sich am 8. Dez. in Vera Cruz befand, sollte die Operationen im Innern erst nach Ankunft des Generals Prim beginnen.

— [Über die Suttorina-Angelegenheit], welche dem russischen Minister des Auswärtigen wichtig genug zu einer Protestnote erschienen ist, sagt das „Journal des Débats“ folgendes: „Da ist eine Straße, welche die Destreicher das Recht haben, zu passiren; aufständische Banden, mit denen man nicht unterhandeln kann, weil man bei ihnen keine beglaubigten Vertreter hat, nehmen sich heraus, diese Straße zu besetzen und darauf Batterien zu errichten: was soll nun Destreicher thun? Es schickt Soldaten, die ohne weitere Zeremonie den unterbrochenen Verkehr wiederherstellen. Das ist in ein paar Worten die ganze Geschichte. Man muß in Petersburg viel Einbildungskraft besitzen, wenn man darin eine ungesetzliche Einmischung in die inneren Streitfragen des türkischen Reiches sehen will.“

Niederlande. Haag, 5. Januar. [Die Erste Kammer hat bereits

am 2. d. M. zehn Hauptstücke des Budgets einstimmig angenommen, über das erste aber, das der Kolonien, zwei Tage berathen und auch dieses mit bedeutender Majorität gutgeheißen; sich somit für die liberale Politik des Kolonialministers Landon erklärt. Man erwartet nun, daß das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung entlassen werden wird. Ein Vorschlag des Ministers des Innern, die Zweite Kammer aufzulösen, soll vom Ministerrath einhellig abgewiesen worden sein. Die beiden Kammern haben sich bis auf Wiedereinberufung vertagt. (R. 3.)

Schweiz.

Bern, 5. Jan. [Die französische Antwort.] Der Magdeb. Btg. wird mitgetheilt, daß die zum Jahresabschluß in Bern eingetroffene Antwortnote der französischen Regierung auf die letzte Note des Bundesraths, betreffend die Gebietsverlegung im Dappenthal, sehr umfassend ist. Die französische Regierung hält, wie sie sagt, auf Grundlage neuer Erhebungen fest, daß die Aussage des Kommandeurs der 7. Division, es habe gar keine Gebietsverlegung, nicht einmal eine vorübergehende, stattgefunden, die einzige richtige ist. Ein Gendarmerie-Offizier sei in Begleitung eines Gendarmen allerdings über die Grenze gegangen, da dies jedoch nur in der Absicht geschehen sei, um bei dem Waadtländer Gendarmen sich Auskunft zu erhalten, so könne von einer Gebietsverlegung und folglich auch von einer von Frankreich zu gewährenden Genugthuung nicht die Rede sein. Auf dieses lädt die französische Regierung eine Entwicklung ihrer Rechtsanschauung, welche als Basis des von ihr in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunktes dient, folgen, wobei sie aber gleichzeitig versichert, daß die Schweiz ein einseitiges gewaltsames Vorgehen von der kaiserlichen Politik nicht zu fürchten habe. Uebrigens sei die kaiserliche Politik der Schweiz auch in allen anderen Dingen nicht feindselig; im Gegenteil hoffe sie, alle Anstände, welche sich zwischen Frankreich und der Schweiz hier und da erhoben haben, auf eine „die Zeldeinschäften beruhigende Weise“ zu lösen.

Italien.

Turin, 3. Jan. [Die Stellung des Ministeriums.] Die Parteiversammlung der parlamentarischen Majorität, in der Riccioli sein Kabinet vertheidigte, bot einen noch nicht gemeldeten sehr bemerkenswerthen Fall. Der Konseilspräsident nämlich hatte erklärt, er werde nur in Folge eines bündigen Parlamentsvotums aus dem Amte treten. Nach dieser Bemerkung zog Riccioli sich aus der Versammlung zurück, um die Berathung nicht zu stören; aber kaum hatte er den Saal verlassen, als ein Mitglied nach dem andern davon schlich und zuletzt bloß noch das Bureau vorhanden, an eine Berathung der Riccioli'schen Erklärung also nicht zu denken war. Das Ergebnis dieses Abends sieht daher einem sehr deutlichen Winke der Majorität für das Kabinet um so ähnlicher, als die Mehrzahl der Fortgeschrittenen sich sofort zu einer Versammlung der Mittelpartei versetzte, die im Hotel des Grafen Alstieri stattfand. Hier wurde beschlossen, daß der Angriff gegen das Kabinet Riccioli in einer der nächsten Parlamentssitzungen durch Mitglieder der ministeriellen Partei erfolgen und daß diese Partei sich mit der Majorität des künftigen Cabinets verschmelzen solle. Riccioli's Lage sind demnach gezeigt. Seine Regierung hätte ein besseres Los verdient, aber er erlegt der Ungunst der französischen Politik und der Ungeduld seiner Landsleute, zum Theil freilich auch seiner Verschlossenheit, Starheit und Unfähigkeit, die inneren Angelegenheiten entweder selbst zu führen, oder für dieselben einen tüchtigen Fachmann zu gewinnen.

[Tagesnotizen.] Nach der „Opinion Nationale“ wird Viktor Emanuel gegen Mitte Januar Turin verlassen, um eine Reise nach Mailand zu machen. Die Abreise des Königs nach Neapel ist auf Ende Februar oder Anfang März festgesetzt. — Am 29. Dezbr. kamen 720 Recruten aus den Südpolen in Genua an, sowie 180 frühere bourbonische Soldaten, welche den Banden angehört und sich freiwillig gestellt hatten. Aus Piemont sind 150 Karabinieri in Genua eingetroffen, die nach den Südpolen bestimmt sind und denen noch 600, großenteils Lombarden, folgen sollen. — Die italienische Direktion der Kirchenkasse fordert durch Rundschreiben vom 5. Jan. die Präfekten auf, Beamtenlisten zu entwerfen und einzusenden, damit unverzüglich zur Besitzergreifung der Güter der unterdrückten religiösen Gemeinschaften geschritten werden könne. — Da verlautete, daß im früheren Philippinerkloster zu Ascoli Silbergeräthe vergraben seien, so wurden Nachforschungen vorgenommen und kostbare Leiten im Werthe von mehr als 10,000 £. gefunden.

[Der Guerillakrieg im Neapolitanischen.] Der aus den karistischen Kämpfern bekannte Tristany ist (wie schon erwähnt) von den legitimistischen Komites für einen neuen Schachzug gewonnen worden. Der Allg. Btg. wird über diesen Nachfolger des erschossenen Borges berichtet. Tristany ist über Triest nach Rom gefommen und dort zum Oberbefehlshaber der imaginären königlichen Truppen in den Abruzzen ernannt worden. Wie dieser Titel anzudeuten scheint, wird er nicht, wie sein unglücklicher Vorgänger, in Kalabrien oder in der Basilicata, sondern in den Abruzzen es versuchen, den Aufstand zu organisieren. Man muß gestehen, daß seine Chancen auf einen glücklichen Erfolg noch geringer sind, als die des abenteuerlichen, aber mit großer Umsicht geleiteten Borges' Juges. Der mit ungewöhnlicher Strenge hier eingetretene Winter ist dem Plane, die zerstreuten Guerillasabende wieder zu sammeln, so ungünstig, als nur möglich, und das traurige Ende des Generals Borges hat bewiesen, daß die Stimmung in den Abruzzen, wenn auch den Piemontesen im Allgemeinen feindlich, doch keine solche sei, die einen Massenaufstand der Bevölkerung beim Erscheinen irgend eines unbekannten für Franz II. auftretenden Generals hoffen ließe. Die vom Römischen aus mit dem Chiavoneschen Korps gemachten Einfälle haben noch nie ein bedeutendes Resultat ergeben und werden auch unter der Leitung Tristany's, da sie immer bald auf überlegene Truppenmassen stoßen müssen, nicht weit in das Land eindringen können. Den einen Vortheil freilich haben die Abruzzen vor Kalabrien und der Basilicata voraus, daß von ihnen immer der Rückzug nach dem römischen Gebiet, welches Borges vergleichlich sich zu öffnen suchte, leicht möglich sein wird. Der Umstand, daß es wieder ein Spanier und nicht Bosco oder ein anderer neapolitanischer General ist, zeigt hinlänglich, daß man in Rom selbst bei der Benennung eines Kommandanten für die Abruzzen keineswegs an eine Vertreibung der Piemontesen, sondern nur an eine systematische Beunruhigung der neapolitanischen Provinzen dachte. Da es sich diesmal nur darum handelt, den Brigantaggio nicht ganz zu Ende gehen zu lassen, so hält man es für besser, den in einem großen Theile des Landes beliebten Bosco für eine spätere Gelegenheit aufzuparen, und sein Ansehen nicht jetzt schon durch eine Expedition, deren flächiges Ende leicht vorherzusehen ist, zu vernichten. — Bei Auletta wurde nach einem hartnäckigen Gefechte eine Räuberbande von vierzig Mann in die Flucht geschlagen. Eine Patrouille Banjiers ward von verrätherischen Bauern in einen Hinterhalt geführt und von 200 Bauern überfallen. Schätzungsweise fielen bei dieser Affaire. Die Bauern wurden festgenommen.

Rom, 28. Dezember. [Beziehungen zu Neapel; die päpstlichen Zuaven.] Msgr. Merode hat, nach französischen

Berichten, plötzlich alle Sympathie für die neapolitanischen Reactionäre verloren; er läßt sie jetzt überwachen und will sie um keinen Preis mehr auf päpstlichem Gebiet dringen lassen. Die Anwerbungen für die päpstliche Armee, so wie die Aufhäufungen von Waffen in den päpstlichen Arsenalen werden dagegen fortgesetzt. Der Papst ist, denselben Berichten zufolge, nicht sehr befriedigt von dem Diner zurückgekehrt, welches er dem König und der Königin von Neapel angeboten hatte. Das Königspaar war sehr traurig; der König sprach wenig und die Königin sagte nicht ein Wort (?), obgleich der Papst mehrmals ein Gespräch mit ihr anknüpfen wollte. Der König und die Königin zeigen sich wenig im Publikum und sind noch in keinem Theater gewesen. — Einem Schreiben der „Patrie“ aus Rom zufolge, haben von den drei Compagnien päpstlicher Zuaven, welche in St. Paul außer den Mauern kämpfen, zwei Befehl erhalten, nach San Marino zu rücken. Die päpstlichen Zuaven werden in Zukunft aus zwei Bataillonen mit je vier Compagnien bestehen und in Rom und San Marino Garnison beziehen. Der Patrie-Korrespondent setzt hinzu, man beschäftige sich viel mit den unaufhörlichen Ausgaben des Msgr. v. Merode für die päpstliche Armee.

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Januar. [Die Untersuchungskästen gegen Biakobrzeski; Absendung nach dem Orenburgschen Corps; Stadträthe in Wirksamkeit.] Die Untersuchungskästen gegen Biakobrzeski und die anderen Geistlichen sind nach Petersburg eingesandt worden, und der Kaiser soll sich jetzt persönlich genau von Allem unterrichten wollen. Man vertritt sich von der bekannten Milde des Kaisers bedeutende Vermindering der Strafen. — Vorgestern sind 12 Medizin-Studirende und anderen gebildeten Ständen angehörende junge Leute, darunter 7 israelitischen Bekenniss, nach dem Orenburgschen Corps abgesandt worden. Sie wurden vorher militärisch vereidigt; die Vereidigung der Israeliten wurde von dem neuen Rabbiner altgläubigen Bekennisses in der Zitadelle vorgenommen. — In den Städten Lodz und Zgierz, meist von deutschen Fabrikanten bewohnt, so wie in Krasnolaw und Liedec im Lublinschen und in Pultusk, Gouvernement Plock, sind die in Folge der neuen Institutionen im Sommer gewählten Stadträthe in Wirksamkeit getreten, haben ihre Wahlen geprüft, den vorgeschriebenen Eid geleistet und ihre Schriftführer gewählt. Ein Zeichen mehr, daß der Kaiser seine Vertheilungen zur Wahrheit werden lassen will, wenn die Stadträthe nur keine überspantten Forderungen machen und dabei bleiben, das Wohl der Stadt allein im Auge zu behalten. (A. P. 3.)

Türkei.

[Die Insurrektion in der Herzegowina.] Der Wanderer berichtet über den Stand der Dinge in der Herzegowina aus Ragusa, vom 29. Dezember: Es sind drei volle Monate vergangen, seit Omer Pascha jene Proklamation erlassen hat, in welcher er den Bewohnern der Herzegowina die Eröffnung seines Feldzuges gegen die Aufständischen verkündet hatte. Wenn man das Ergebnis seiner Operationen während dieser ganzen Zeit überblickt, so findet man, daß dasselbe den allgemeinen Erwartungen keineswegs entsprach, und daß der türkische Oberfeldherr sich bis jetzt keiner besonderen Vortheile zu rühmen hat. Ja, im Gegenteil kann behauptet werden, daß seine Truppen, obwohl sie mit großer Übermacht gegen die Insurgenten gekämpft haben, bei vielen Gelegenheiten und mit bedeutendem Verlust geschlagen wurden. Nach dem ersten Monate seit Beginn des Feldzuges war Omer Pascha genötigt, seinen Aufenthalt nach Mostar zu verlegen und die Vermehrung seiner Armee in Konstantinopel zu urgen. Er hatte über 30,000 Mann zu disponiren, als er das Oberkommando in der Herzegowina übernahm. Zu jener Zeit stand ihm gegenüber der armelige Luka Vulalovich mit seiner kleinen Schaar, die kaum einige hundert Mann zählte; erst später, als die meisten slavischen Ortschaften und einige tausend Montenegriner an dem Aufstande sich beteiligten, belief sich die Insurgentenzahl auf 10—12,000 Mann, welche, auf die entschiedene Zusammenwirkung Montenegro's mit Zuversicht bauend, und auf die wahrscheinliche Unterstützung von Seite Serbiens hoffend, den ungleichen Kampf mit vieler Mühe und erstaunlicher Ausdauer aufnahmen, und trotz der numerischen Überlegenheit des Feindes keinen Augenblick an dem Gelingen ihrer Sache zweifelten. Doch auch die Insurgenten hatten ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht. Es scheint, daß Montenegro die Sache der Insurgenten in der Herzegowina gänzlich verlassen habe. Der Befehl, daß alle Montenegriner, welche in der Herzegowina freiwillig mit den Aufständischen kämpfen, ungesäumt nach Montenegro rückkehren sollen, ist wirklich ergangen; man sagt, daß der Fürst Nikolaus alle jene Wojwoden, welche ohne seinen Willen am 21. November bei Piva gegen die Türken gekämpft haben, ihrer Charge enthebt habe. In Montenegro herrscht große Aufregung und Unzufriedenheit mit der Regierung. Der Fürst sucht sein Benehmen mit dem Umstand zu rechtfertigen, daß er aller seiner Kräfte bedarf, um sein eigenes Land gegen eine mögliche Invasion zu schützen. Die montenegrinische Nation schreibt die ganze Schuld aus den Einfüssen des Vaters des jungen unerfahrenen Fürsten. Die Geldgier Miklos ist Federmann bekannt, und es wäre nicht unmöglich, daß Omer Pascha mehr mit blanken Dukaten als mit der blanken Waffe ausgerüstet habe. Luka Vulalovich wirft den Montenegrinern Verrat vor, er sagt, er habe den Unabhängigkeitskrieg begonnen, weil ihn Montenegro hierzu aufgefordert und gemeinschaftliche Sache mit ihm zu machen freundlich versprochen habe. Am 24. d. M. erschien vor dem Fürsten ein Senator und Wojwode, und verlangte von selbem die Erlaubnis, mit seinen Kriegern in das Insurgentenlager gehen zu dürfen. Der Fürst verließ ihn, ohne ihm eine Antwort zu geben und zog sich in seine Gemächer zurück. Dieser Senator, dessen Name nicht genannt wird, hat sich beim Verlassen der fürstlichen Wohnung zu seiner Umgebung geäußert: „Ich werde mir den Weg zu Luka Vulalovich mit der Waffe in der Hand zu eröffnen wissen.“ Es ist nicht zu leugnen, daß die Sachen der Insurgenten bei so bewandten Umständen sehr schlecht stehen, und wenn nicht ein besonderer Zufall eintreten sollte, oder die Rolle, welche Montenegro gegenwärtig zu spielen beginnt, nicht eine singuläre wäre, der Aufstand in der Herzegowina für jetzt als beendet betrachtet werden kann. Man kann nicht umhin, das Befremden darüber auszudrücken, daß Omer Pascha noch immer in Mostar weilt, und so viele Umstände mit einer so ohnmächtigen Insurrektion mache.

Er würde mit seinen 40,000 Mann in wenigen Marschtagen sehr leicht zu seinem Ziel gelangen, denn Luka Vulalovich mit seinen Paar Hundert Leuten würde ihn schwerlich in seinem Vorrlücken aufhalten. Vulalovich dürfte sich bei Zeit mit seinen Getreuen in das Montenegrinische zurückziehen, und dann würde die Frage entstehen, was Omer Pascha, an der Grenze von Montenegro angelangt, weiter unternehmen würde.

Afrika.

Hongkong, 15. Novbr. [Die Deutschen in China.] Einem Schreiben der „Sp. 3.“ entnehmen wir folgende Stellen: In welcher rückhaltlosen Weise man die uneigennützigen Absichten Preußens (bei dem Abschluß des Vertrages mit China) anerkennt, geht am deutlichsten aus der Thatache hervor, daß man sich hier bereits vollständig mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, fortan den preußischen Gesandten in Peking als den diplomatischen Vertreter ganz Deutschlands anzusehen, und es eben so natürlich findet, daß dann zugleich sämmtliche Konsuln der kleineren deutschen Staaten in den chinesischen Häfen ihre Flaggen einziehen und sämmtliche Deutschen sich unter den Schutz der preußischen begeben. Wenn man dabei auch alle abstrakten Ideen von Partikularismus und deutscher Einigkeit aus dem Spiele läßt, zeugt es wenigstens von einem sehr praktischen Sinne der Deutschen in China, daß sie allen Partikularismus bei Seite setzen und sich freiwillig unter Preußen, als unter die einzige deutsche Macht stellen, von der sie im Falle der Noth wirklich Schutz und Hilfe zu erwarten haben. Kommt man in einen ausländischen Hafen, da sieht man alle möglichen deutschen Flaggen auf den Konsulaten wehen. Bei zivilisierten Nationen mag das Wehen einer solchen Flagge etwas zu bedeuten haben und ein Konsul bleibt dort immer eine Person, die in Folge internationaler Höflichkeit wenigstens einige Bedeutung hat. Hier in China aber hatte vor dem Vertrage ein deutscher Konsul gradezu weiter kein Recht als das, auf seinem Hause oder seinem Hofe seine Flagge zu hissen. Handelt es sich um irgend eine Differenz mit der chinesischen Regierung, ja wollte ein deutscher Konsul auch nur z. B. einen Matrosen bestrafen, der sich unter seiner Flagge eines Vergehens schuldig gemacht, so war er gezwungen, Hilfe und Schutz bei Engländern und Franzosen zu suchen. Das ganze deutsche Konsulatswesen war also, bei Eichts beobachtet, eine lächerliche und Spielerlei, ohne den geringsten Nutzen für den Handel, dessen wegen es doch nur eigentlich existirt. An die Residenz eines preußischen Gesandten in Peking knüpft sich natürlich auch die permanente Stationirung eines preußischen Geschwaders in den chinesischen Gewässern, ja sie ist der chinesischen Regierung gegenüber sogar bedingt. Ein Gesandter oder Konsul ohne Kanonen hat in China ziemlich die selbe geringe Bedeutung, wie in Haith, und das Erscheinen von Kriegsschiffen in einem chinesischen Hafen, wo ein Streitfall entstanden, ist ein Argument, dessen praktischer Werth nie von den Mandarinen unterschätzt wird. Man erwartet deshalb auch hier das baldige Erscheinen eines solchen Geschwaders, aber weil man weiß, daß Preußen allein nicht im Stande ist, seine schon so sehr beschworenen Finanzen noch mehr dadurch zu überbürden, daß es aus reiner Gutmäßigkeit eine Flotte zum Schutz aller Deutschen im Auslande schafft und unterhält, so hat die nationale Bewegung zur Gründung einer deutschen Marine unter preußischer Führung hier nicht nur den lebhaftesten Anfang gefunden, sondern sich auch in hervorragender Weise durch Einsendung namhafter Geldbeiträge betätigt, die bei Einzelnen sich bis zu einer Summe von 300 Thlrn. belaufen. Ebenso macht der Nationalverein hier bedeutende Propaganda, was ihm um so mehr zur Ehre gereichen muß, da seine hiesigen Mitglieder nicht nur zu den angesehensten und unabhängigen Deutschen gehören, sondern er auch den Ruhm hat, die zerstreuten Glieder des gemeinsamen Vaterlandes durch ein nationales Band zu fesseln, was bis jetzt noch keiner politischen Partei hat gelingen wollen. Wenn der Verein aber im Stande ist, die Deutschen im Auslande für Deutschland wiederzugewinnen, sie dahin zu bringen, daß sie treu an ihrer Nationalität festhalten, mit selbstbewußtem Stolze sich Deutsche nennen und sich, wo sie auch weilen, als die Angehörigen ein und derselben Staats betrachten, dann hat er, abgesehen von seinen übrigen Tendenzen, schon viel geleistet.

Japan. — [Die Gesandtschaft nach Europa.] Oberst v. Siebold ist, nach der „Triest. Btg.“, beauftragt, die projektirte japanesische Gesandtschaft an alle europäische Höfe, mit denen Japan in Handelsverbindungen getreten, zu organisiren; 60 Japaner, darunter sehr Hochgestellte und Fürsten, sind schon auf seinen Rath dazu bestimmt worden, und er hoffte auch, daß seinem Vorschlage gemäß das prachtvolle Dampfschiff „Lyceum“, von 400 Pferdekraft und 300 Fuß Länge, das schönste, das in neuerer Zeit in England gebaut worden und jetzt in Shanghai ist, vom Kaiser für den Preis von 7—800,000 Gulden für die projektirte Reise gekauft werden würde, welches die Reise nach Europa in 3½ Monat macht, anstatt, wie erst der Plan war, die japanesische Gesandtschaft auf einem englischen oder französischen Kriegsdampfer nach Europa mitzunehmen. Es war durch den Fürsten von Tsushima in einer der Konferenzen an Siebold die Frage gestellt worden: „ob er geneigt sei, die Gesandtschaft nach Europa zu begleiten“, wozu er sich bereit erklärt, obgleich er seiner wissenschaftlichen Forschungen wegen lieber seinen Aufenthalt in Japan noch um ein Jahr verlängert hätte.

Amerika.

Newyork, 20. Dezbr. [Der Bürgerkrieg.] Am oberen Potomac, wo General Kelly von Romney nach Winchester vorrückt, scheint ein größeres Treffen bevorzustehen. Aller Augen richten sich auf Kentucky, wo noch vor Neujahr eine Schlacht erwartet wird, welche möglicherweise den ganzen diesjährigen Feldzug zu Gunsten des Bundes entscheiden kann. Das Gros des Bundesheeres stand vorgestern noch am Green River. Während die von den Rebellen zerstörte Brücke über diesen Fluss (bei Mumfordsville) wiederhergestellt wird, steht eine Vorhut bereits auf dem südlichen Ufer. Vier Compagnien des (deutschen) Willrich'schen Regiments schlügen am Dienstag den 17. Dezember 3 Regimenter Rebellen, die einen Angriff auf sie machten, in schimpfliche Flucht. Die Deutschen verloren 14 Tote und 16 Verwundete und begruben auf dem Kampfplatz nicht weniger als 69 Rebellen. — Das Buckner'sche Rebellenheer bei Bowling Green soll 25,000 Mann stark sein, aber aus südlichen Blättern erfährt man, daß das Floyd'sche Rebellenkorps, nachdem es Westvirginien definitiv hat aufgeben müssen, nach Bowling

(Fortsetzung in der Beilage.)

Green geschickt worden ist. So könnte Buckners Streitmacht auf 40,000 anwachsen und die zu erwartende Schlacht, so weit es die Zahl der Truppen betrifft, so groß werden, wie die am Bull Run, in ihren politischen Folgen wichtiger als diese. Aus Missouri verzimmt man, daß die Rebellenhorden unter Price und Rains in dem ihnen überlassenen südwestlichen Theile des Staates wieder bis Lexington herausgedrungen sind, und daß der Bundesgeneral Pope von Lipton (20 Meilen westlich von Jefferson City) nach Warrensburg aufgebrochen ist, um die Rebellen abzuschneiden und zu vernichten. — Das Piraten Schiff "Royal Yacht" ist bei Galveston von einem Bundeskriegsschiff genommen und verbrannt worden. — Die in Port Royal ausgerüstete Expedition ist nach Fernandina (Florida) abgefahren. — Auf den Inseln bei Beaufort nimmt die auf Rechnung der Bundesregierung begonnene Baumwollernte trefflichen Fortgang. — Ein Theil der mit Steinen beladenen Schiffe ist am Eingang zum Hafen von Charleston versenkt worden.

Über die Feuersbrunst in Charleston bringt der "Richmond Enquirer" einen längeren Bericht. Das Feuer brach am 11. Dezbr. Abends 9 Uhr aus und wütete schon um 10 Uhr an verschiedenen Punkten des unteren Theiles der Stadt, wo sich meist alte hölzerne, leicht brennende Häuser befanden. Laufende von armen Familien wurden halslos plötzlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Gegen Mitternacht hatte das Feuer eine gewaltige Ausdehnung gewonnen und schon begann man in entfernteren Theilen der Stadt seine Habe einzupacken. Die Zirkular-Church und die Institute-hall brannten. Um 3 Uhr stürzte der Thurm der Zirkular-Church ein und das Theater stand in Flammen. Um 4 Uhr geriet auch die Kathedrale in Brand und um 5½ Uhr stürzte der Thurm derselben ein. Der Wind, der die Feuersbrunst fortwährend angesetzt hatte, dauerte noch fort, und man hatte keine Aussicht, daß dem Feuer eher Einhalt werde gehalten werden, als bis es den Himmel erreicht hätte. Er durchschneidet die Stadt von East Bay bis King-street. Nach einem späteren Bericht ist das Feuer bald nach 5½ Uhr erloschen, nachdem es, wie der "Charleston Mercury" angibt, einen Schaden von 7 Mill. Doll. angerichtet und 576 Häuser, unter denen fünf Kirchen, vollkommen zerstört hatte. Das Feuer brach zuerst in einer Fabrik von Falousten aus, deren Eigentümer behauptet, daß es durch die Nachlässigkeit dder den Verrath seiner Sklaven entstanden sei. Andererseits versichern die Blätter von Charleston, daß die Sklaven beim Löschern des Feuers treu und eifrig mitgeholfen haben.

Panama, 20. Nov. [Zustände.] Wie sehr wir auch gewohnt sind, mit jeder südamerikanischen Post höchst unerquickliche Nachrichten über die trostlosen Zustände der Republiken Columbia, Ecuador, Peru und Bolivia zu erhalten, so wirft doch die neueste Episode in der lebendigen Republik ein zu schauerliches Licht auf das "vulkanische Nachtmal" jener Länder, um sie nicht dem europäischen Leser in dem Umfang mitsuzutun, wie sie die Korrespondenz eines hiesigen Blattes bringt. Bekanntlich wurde Dr. Einares, der kürzlich verstorbene Präsident von Bolivia, zu Anfang dieses Jahres durch Revolution gestürzt. General Belzu, grausigen Angeklagten, muhte sich wieder in den Besitz der Gewalt zu setzen, wozu ihm ein Theil seiner früheren Gegner behilflich war. Zu den sonderbaren, aber immer wiederkehrenden Erscheinungen der politischen Parteiemengen dieser vorkommenen Republiken gehört bekanntlich der unaufhörliche Wechsel der Parteimänner, welche von einer Fahne zur andern laufen, sobald der neue Gewalthaber ihre ehrgeizigen Ansprüche und habsgütigen Wünsche unbefriedigt läßt, und der Konservativer mehr verspricht. Belzu's Name war zwar durch die von ihm verübten Grausamkeiten lange Zeit verschwunden. England und Frankreich hatten unter seiner Präsidentschaft ihre Geschäftsträger a.s Chiquisaca abberufen, und seitdem jeden politischen Verkehr mit Bolivia abgebrochen, weil mit einem solchen Manne kein staatsrechtlicher Verkehr mit Ehren möglich war. Dennoch hatte dies Scheusal unter der langen, friedlichen und kräftigen Verwaltung des Dr. Einares allmählich wieder Anhang gewonnen. Die Zahl der Mißvergnügten und Veränderungslustigen hatte sich schon im Laufe des vergessenen Jahres so vermehrt, daß Einares' Sturz, durch die Intrigen von Callista begünstigt, vorauszusehen war. Als General Belzu wieder den Stuhl der Macht bestiegen und die brutalsten Verfolgungen gegen eine Masse besitzender Leute zu seinem andern Zweck, als Vermögen zu konfiszieren und Geld zu erpressen, angeordnet hatte, erging es den Bolivianern wie den Fröschen in der Fabel. Sie sammelten über die große Schlange, die sie sich statt eines friedlichen, wohlgestalteten Mannes, wie Einares war, zu ihrem Staatsoberhaupt herbeigerufen hatten. Belzu's Bedrückungen und Verfolgungen führten zu dem Revolutionsversuch im September zu La Paz, den ich Ihnen mit letzter Post mittheile. An der Spitze dieser gescheiterten Revolution stand General Córdova, ehemaliger Präsident von Bolivia. Nach der Unterdrückung derselben zog Belzu aus der Hauptstadt mit einem Theil der Soldateska und hinterließ dem Obersten Vannez unerbittliche Befehle. Durch ein Kriegsgericht wurden nicht weniger als 220 Personen, worunter die Generale Córdova und Hermosa, die Obersten Epejo, Silva, Larriba und Mendizabal, die Priester Legada, Larriba, Vorjas, zum Tode verurtheilt und auf dem großen Platz der Stadt durch Pulverblei hingerichtet. Viele reiche und angesehene Männer der Stadt und Umgegend trafen dasselbe Schicksal. Obgleich man unter dem immer wiederkehrenden Eindruck unmenschlicher Greuel in Südamerika gegen ähnliche Vorfälle fast abgestumpft ist, so haben diese Nachrichten doch in Lima einige Sensation gemacht, da sie die Dimensionen der alltäglichen Greuel in Südamerika zu sehr übersteigen. In Peru soll den übereinstimmenden Korrespondenzen aus Callao und Paita zufolge die Störung der Volksstimme gegen Castilla immer drohender und allgemeiner werden. Man verachtet, daß er bereits Anstalten treffe, nach dem Ausgang der nächsten Präsidentenwahl, die sich für Mar entscheiden dürfte, das Land zu verlassen. Castilla's Privatvermögen, das er größtentheils nach England geschickt hat, wird wohl etwas übertrieben auf 20 Mill. Dollars geschätzt.

Buenos-Ayres, 25. Nov. [Die politische Lage] ist eine erfreulichere geworden. General Urquiza hatte seine an General Mitre gestellten, die Neorganisation der nationalen Regierung betreffenden, und die Vertretung sämtlicher Provinzen in einer eigenen Person beanspruchenden Vorschläge plötzlich zurückgeworfen. Damit waren die Verhandlungen zu Ende. Später wa-

ren Nachrichten von dem Sturze der Regierung in der Provinz Cordova und der Herstellung einer liberalen, der Sache von Buenos-Ayres günstigen, Verwaltung daselbst eingetroffen. Dies war lediglich durch die Einwohner zu Wege gebracht worden. Nebenbei hatten die Truppen von Buenos-Ayres unter General Flores in der Provinz von Santa Fé am 22. Nov. einen Sieg über die unter General Bizarro's Befehl stehenden Truppen erzielt. Letztere sollen vollständig aufgerieben sein, und Alles deutet auf eine rasche und günstige Beendigung des gegenwärtigen Kampfes.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. Jan. [Verkehrsstockung.] In Folge des nach mehrjährigem Frost nach Südwest übergegangenen Windes, trat gestern Abend mildes Weiter mit Schneetreiben ein, das zwar nicht lange andauerte, aber doch den Verkehr auf den Landstraßen sehr erschwerte. Der heut früh nach Breslau abgehende Güterzug blieb bei Moschin stecken und mußte zu seiner Fortschaffung von hier eine dritte Maschine nachgeladen werden. Auch der heut fällige Berlinerzug fuhr zwischen Wronke und Samter fest.

Posen, 8. Januar. [Zur kirchlichen Statistik.] Im Jahre 1861 sind hier a) in der Kreuzkirchengemeinde geboren, und zwar in der Stadt: 93 Knaben, 110 Mädchen, in den dazu gehörigen Dörfern u. c. 63 Kn., 53 M.; Gesamtsumme 319. Gestorben, in der Stadt: 104 männliche, 95 weibliche, in den Dörfern: 52 m., 38 w., zusammen 289 Personen. Getraut wurden resp. 66 und 21 (Sa. 87) Paare, und die Zahl der Kommunikanten betrug 6015. — b) In der Neustädtischen Gemeinde wurden geboren und zwar in der Stadt: 62 Kn., 55 M., in den dazu gehörigen Dörfern u. c. 8 Kn., 5 M.; Gesamtsumme 130. Es starben in der Stadt: 67 m., 57 w., in den Dörfern 12 m., 6 w.; zusammen 142 Personen. Getraut wurden (nur in der Stadtgemeinde) 30 Paare, und die Zahl der Kommunikanten betrug 572. In diesen beiden evangelischen Gemeinden beträgt also die Summa der Geburten 449 (226 Kn., 223 M.), der Todesfälle 431 (235 m., 196 w.); es sind mit hin nur 18 mehr geboren als gestorben, und während die Kreuzkirchengemeinde einen Überschuss von 30 Geburten hat, stellt sich bei der Neustädtischen Gemeinde ein Überschuss von 12 Todesfällen heraus. Wir hoffen, in den Stand gesetzt zu werden, auch von den anderen evangelischen Gemeinden unserer Stadt noch die betr. Notizen unsern Lesern späterhin mittheilen zu können.

+ Posen, 7. Januar. [Die Polizeianwaltschaft.] An die Stelle des als Kreissekretär nach Samter verlegten hiesigen Polizeianwalts Lauer, ist der seitherige Kreisstrafbeamte Domkowitz zum Polizeianwalt im Bezirke des Kreisgerichts Posen, ausschließlich des Polizeidistrikts Stenszwo von Neujahr ab angestellt. Das Geschäftsstöckchen befindet sich im Amtsgebäude der Polizeidirektion und ist täglich von 8—12 und von 3—6 Uhr offen. — Im Jahre 1861 sind bei der hiesigen Polizeianwaltschaft 2272 Anklagesachen eingegangen und dabei in 2114 Fällen Strafanträge gestellt. Es wurden vor dem Einzelrichter des f. Kreisgerichts 2652 Audiertermine abgehalten und einschließlich der aus 1860 übernommenen Sachen, 3271 Strafmandate und 1581 Erkenntnisse abgesetzt. Unter letzteren lauteten 370 auf Freisprechung, gegen überhaupt 2208 Verurtheilungen. Von den neuen Sachen fallen auf die Stadt Posen 1654, Stadt Schwerin 45, Kreis Posen 573. Darunter 227 Holzdiebstahlfälle.

— [Sperre aufhebung.] Der Milzbrand unter dem Kindereh, den Pferden und den Schafen in den Vorwerken Raczen und Baabe (Kr. Adelau) ist erloschen und die Ortsperre aufgehoben worden.

— [Verurtheilung.] Der hiesige Buchdrucker P. ist, weil er durch Herausgabe und Verbreitung einer Druckschrift unter dem Titel: "Modlitwy i Pieśni narodowo-religijne" (National-religiöse Gebete und Gesänge), sich des Vergehens der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung zum Hass schuldig gemacht, durch Urteil des hiesigen f. Kreisgerichts vom 21. November v. J. mit 20 Thlr. Geldbuße bestraft und die Vernichtung der Druckschrift ausgesprochen worden. Der Angeklagte hat appelliert.

— [Vertrag.] In das Lokal des Weinändlers R. trat unlängst ein junger Mann in poln. Nationalostüm, den der Wirth nach seinem Auftreten für den Sohn eines Landadelmanns hielt und deshalb keinen Anstand nahm, ihm die reichlich geforderten Speisen und Getränke zu verabreichen. Nachdem der Fremde von 9 Uhr früh bis Nachmittags 3 Uhr in dem Lokal verweilt und den Wirth wiederholt aufgesondert hatte, mit ihm das Kartenspiel 66, die Partie um 15 Thaler zu spielen, was dieser ablehnte, benutzte der Jungling die Gelegenheit, als der Wirth auf einen Augenblick das Lokal verlassen hatte, auch seinerseits zu verschwinden, wobei er in der Eile vergaß, die Zahlung zurückzulassen. Wie später ermittelt wurde, hat der junge Mann auch bei anderen Kaufleuten, jedoch mit weniger gutem Erfolg versucht, sich Waaren ohne Bezahlung zu verschaffen.

g Bojanow, 6. Januar. [Mord; goldne Hochzeit.] Ein Paar Meilen von hier in dem Flusse Dabrowca ist vor einigen Tagen die Leiche des Ueberbürgers Karl Wierzchowski gefunden worden. Der Verunglückte verließ am 26. v. M. seinen Wohnort Görlitz mit etwa 100 Thlr. Geld, und ist, wie sich nun leider herausstellt, ermordet worden. Man fand ihn mit eingeschlagenem Hirnschädel und im Wasser liegend. Gestern ist ein Fleischer, den man des Mordes verdächtigt erachtet, an das Kreis-Gericht in Rawicz abgeliefert worden. — Am Sylvesterabend feierte hier der Lederhändler Henoch Bach mit seiner Ehefrau Minna geb. Guhrauer das fünfzigjährige Hochzeitstfest. Die Brautleute, noch ziemlich rüstig, nahmen die Feierde des hiesigen Rabbinats-Assessors Arheim, so wie die Glückwünsche ihrer Kinder und Enkel, wie des Korpationsvorstandes, mit tiefer Rührung entgegen.

Schroda, 7. Januar. [Nachwahl.] Im 7. Wahlbezirk (Schrimm, Schroda, Wreschen) wurde bei der heutigen Nachwahl an Stelle des Probstes Janiszewski, welcher abgelehnt hat, Graf Johann Dzikynski aus Kurnik von 351 erschienenen Wahlmännern einstimmig zum Abgeordneten gewählt. Deutsche Wahlmänner sind nicht erschienen.

Bermischtes.

* Eine Petersburger Zeitung beschreibt die Verwüstungen, welche der Eintritt des Winters (Ende November) an den Telegraphenleitungen in Russland (deren das Reich jetzt 33,000 Werst hat) angerichtet hat. Die Stürme zerstörten sie namentlich im Süden oft auf Strecken von 20—30 Werst, die Kabel, welche durch die überaus zahlreichen Flüsse führen, werden von dem sich bildenden Eis zerstört; das Eis, welches sich durch Neiß, Regen und Schnee um die Telegraphendrähte bildete, erreichte stellenweise eine Dicke von 4 Zoll, so daß die Drähte durch die Schwere rissen, und

bei Schnee und Frost war natürlich jede Aussichtung ungemein schwierig.

* Der "Württembergische Staatsanzeiger" schließt einen fulminanten Leitartikel mit folgender Misshandlung seines Landsmannes Schiller: „Ans Vaterland, ans eig'ne schließ dich an!“

Telegramme.

Triest, Dienstag 7. Januar, Nachmittags. Nach Berichten aus Athen vom 28. v. Mts. hat an der Nordküste des Peloponnes ein starkes Erdbeben stattgefunden. Athen ist unversehrt geblieben. Alt- und Neu-Korinth, Aigion und Patras haben dagegen sehr gelitten. Die Kammer hat zur Unterstützung der Betroffenen 10,000 Drachmen bewilligt.

Dresden, Dienstag 7. Jan., Nachmittags. Nach einer Wiener Correspondenz des heutigen "Dresdner Journal" wäre eine österreichische Note nach Berlin abgegangen, in welcher der Vorschlag gemacht wird, die Regulirung des Elbholzes nach den Anträgen Preußens kraft des Bundesbeschluß vom 3. August 1820 durch die Bundesversammlung einzuleiten, und in welcher Österreich zu Reformen sich bereit erklärt, die ein desfallsiges langwieriges Bundesverfahren beschleunigen.

London, Dienstag 7. Januar, Mittags. Die de-taillirteren aus Newyork via Halifax eingegangenen Berichte reichen ebenfalls bis zum 26. und lauten: Im Senate verlangte Hale die Mittheilung der Correspondenz in Bezug der Trentaffaire, wogegen Sumner einwandte: Hale müsse gehört haben, daß das Kabinet die Forderung der Herausgabe Mason's und Slidell's in Erwägung ziehe. Hale erwiederte darauf: Wenn England die Auslieferung der Südkommissäre verlange, dann müßte die Bundesregierung England den Krieg erklären. Wenn sie ausgeliefert würden, so würde der Senat der Verachtung und dem Unwillen des Landes ausgesetzt sein und die Verwaltung aus ihren Aemtern vertrieben werden. Napoleon wünsche das Andenken an Waterloo zu verwischen, und Tausende von Irlandern in Kanada würden sich mit der Sache der Union vereinigen. Hale schloß seine heftige Rede gegen England, indem er sagte: Lieber Krieg als Auslieferung Mason's und Slidell's. Sumner beharrte bei dem Antrage, daß die Diskussion der Frage vertagt werde, bis sie in üblicher Form vorgelegt worden sei. Er fragt, ob Beweise von anmaßenden Forderungen vorhanden seien, oder ob die Verwaltung die Frage einer Vermittelung nicht in Erwägung gezogen habe, und sprach die Hoffnung aus, daß die Angelegenheit auf freundschaftliche Weise werde beigelegt werden. Der Antrag Hale's wurde einer späteren Diskussion vorbehalten.

Das Kabinet beobachtet das tiefste Stillschweigen über die Trentaffaire. Man glaubt allgemein, daß Lyon's die Note übergeben habe. — Die Newyorker Journals erklären, daß Amerika einen Krieg mit England nicht wünsche, es müßte denn ein durch England dem Lande aufgedrungen sein. Die öffentliche Meinung sei England feindlich, man glaube aber an eine friedliche Lösung.

Paris, Dienstag 7. Jan., Nachmittags. Zu Toulon hat im schwimmenden Vagno eine Feuersbrunst stattgefunden. Menschen sind dabei nicht ums Leben gekommen. — Nach Berichten aus Rom vom gestrigen Tage ist das Konsistorium zusammengetreten. Der Papst hat einen neuen Erzbischof von Warschau ernannt.

Brüssel, Dienstag 7. Januar. Nach hier eingetroffenen Pariser Nachrichten, soll die Antwort auf die preußischen Vorschläge in Bezug des Handelsvertrages mit Frankreich in den nächsten Tagen abgehen und den Abschluß des Vertrages in nahe Aussicht stellen.

Petersburg, Dienstag 7. Jan., Vormittags. Admiral Putiatin ist auf sein Gesuch des Postens als Unterrichtsminister enthoben, und Staatssekretär Golobine zum Geranten des Unterrichtsministeriums ernannt worden.

Angekommene Fremde.

Vom 8. Januar.
HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Morawski aus Turlowo und v. Zeromski aus Grodzisk, Apotheker Kugler aus Gnesen, Probst Striccius aus Reisen und Lehrer Frankenberger aus Kosten.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Grudzielski aus Solecnia und v. Wolotski aus Bardo, Frau Peterl v. Krzyzanowska aus Swadzim, Rentmeister Emiel aus Steinzel, Probst Tomieli aus Konojad, Kaufmann Ande und Fabrikant Bordfeld aus Neualben, Maler Drileb und Kaufmann Schwarz aus Magdeburg, Techniker Poehardt aus Braunschweig, Gutsbesitzer v. Trampczynski aus Bielawy und Gutsbesitzer Rudolph aus Budau.

SCHWARZER ADLER. Frau v. Pawłowska aus Wreschen, Volontair v. Zabłocki aus Guttentag, die Gutsbesitzer v. Zalczewski aus Tichowo, v. Neulotowski aus Szape und Wołciechowski aus Unie.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Liebtrau aus Frankfurt a. M., Gutsbesitzer Graf Grabowski aus Radomir, Probst v. Jaroszowski aus Pogorzella und Rentiere Gräfin Bojowska aus Lublin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wilde aus Waldenburg und Böttcher aus Breslau, Apotheker Paulow aus Scholten, Fabrikant Salomon und Gerichts-Assessor Wolff aus Berlin.

BAZAR. Parfümeur Trysch aus Gorajdow, die Gutsbesitzer Graf Dabek aus Kolaczkow, Graf Poniatski aus Wreschen, Szoldzynski aus Lubas, v. Zatkiewicz aus Oleś, v. Skórewski aus Kreitkow, v. Broński aus Wilkow, v. Kierski nebst Frau aus Podstolice, v. Wejsierski aus Podzec und v. Dziembowski aus Kludzin.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Malade aus Leipzig, Lieutenant a. D. Mandel aus Wolmersdorf, Baumeister Steinbach nebst Frau aus Bockholt, Administrator Schmidt aus Broniszowice, Postinspektor Johanssohn aus Gumbinnen, die Gutsbesitzer Hartwig aus Lekniewo, Bentkowski und Fraulein Bentkowska aus Czarnotul.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Monat Januar c. werden nachbenannte Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten liefern:

1) Brot à 5 Sgr.

Joseph Rychlewski, Halbdorfstr. 16 5 u. 4 Lf.
Ign. Osurowski, St. Martin 12 5 . . .

Karl Brzozowski, Judenstr. 3 . . . 5 . . .

2) Semmel à 5 Sgr.

Joseph Rychlewski, Halbdorfstr. 16 . . . 15 Lf.
Friedrich Knipper, St. Martin 22 . . . 14 .

Karl Brzozowski, Judenstr. 3 . . . 14 .

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzesehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzesehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzesehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzesehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der nothwendigen Substationssache des Nawrockischen Grundstücks zu Posen, St. Martin Nr. 42, wird der auf den 13. Junii 1862 anberaumte Liquidationstermin aufgezogen.

Posen, den 11. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 3. August 1861.

Das der Katharina Jackowiak vereh-

lichen Vladislans Richelien gehörige, zu Luban sub Nr. 14 belegene Grundstück, resp.

die demselben zugeschriebene Grundstück Nr. 2, und 18 zu Luban, zusammen abgeschätzt auf 14.457 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzesehen den Taxe, soll am

18. März 1862 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung ihre Verpflichtung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden.

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.